

GGG Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



Heft 3/2010

Hamburg: „Putsch der Eliten“

In Deutschland fehlt der Wille zu einer demokratischen Schule. So wird die Ungleichheit der Bürger zementiert. Dieses Fazit zieht Christian Füller in seiner schonungslosen Analyse nicht nur über den Hamburger „Volksentscheid“.

Seite 3

GGG – Die zweiten 20 Jahre (2. Teil)

2009 feierte die GGG ihren 40. Geburtstag. Über die ersten 20 Lebensjahre berichtete Joachim Lohmann im GGG-Journal 2/2009. Ursula Helmke hat die Entwicklung in der zweiten Hälfte zusammengefasst, Teil 1 ihres Berichts erschien in Ausgabe 2/2010.

Seite 4 ff

Serie Organisationsskizzen: OS Kassel-Waldau

Im neunten Beitrag der Serie skizzieren Lothar Sack und Achim Albrecht eine Schule, die sich 1983 zur „offenen Schule“ wandelte, 1994 zur „Versuchsschule des Landes Hessen“ erklärt wurde und 2006 den deutschen Schulpreis erhielt.

Seite 7 ff

Bundesarbeitstagung SELBST-STÄNDIG LERNEN

Am 12. und 13.11.2010 findet die zweite GGG-Bundesarbeitstagung in der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule in Berlin (Moabit) statt. Anmeldungen sind möglich ab dem 15.09.2010 über die Web-Seite der GGG.

GGG-Extra I-IV

INHALT

Bildungs-Politik

Putsch der Eliten 3

GGG-intern

40 Jahre GGG – Die zweiten 20 Jahre 4

Zu bildungspolitischen Parallelen zwischen
Nordirland und Deutschland 13

Nachruf Ludwig von Friedeburg 18

Nachruf Ursula Dörger 19

Serie

Organisationsskizze Offene Schule Waldau 7

GGG-extra

Bundesarbeitsstagung 2010 I-IV

Beispielhafte Projekte

Özil, Neuer, Matip –

WM-Fieber am Berger Feld 11

Aus den Ländern 14

Termine 19

Kommentar 20

IMPRESSUM

**GGG-Journal – Heft 3/2010 vom
01. September 2010
ISSN 1868-4963**

33. (41.) Jahrgang

Herausgeber: GGG – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf,
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stedesdorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich.
Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layoutentwurf: Christa Gramm
Umbruch/Herstellung: Waso Koulis
Korrektorat: Armin Steigenberger
Illustration: Ingrid Freihold

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.12.2010
Redaktionsschluss: 20.10.2010

... vorab bemerkt

Liebe Gesamtschulfreundinnen und -freunde,
von wegen Sommerloch: als ereignislos kann man den zurückliegenden Sommer wahrlich nicht bezeichnen. Demoskopisch hat die Koalition in Bonn nicht nur keine Mehrheit mehr, erstmalig reicht es Rot-Grün ganz alleine, wenn am Sonntag gewählt würde. Wird aber nicht. In NRW, wo man schon (etwas zu früh?) gewählt hat, geht es statt mit Rüttgers mit Minderheit und ganzer Kraft rot-grün voraus, in Hessen hat sich's ausgekocht, weil Politik nicht das ganze Leben ist. Und weil der jüngste Altbundespräsident sein Volk verköhlet hat, haben wir jetzt das jüngste Staatsoberhaupt aller Zeiten, in Niedersachsen, wo er sich noch als Wulff im Schafspelz gab, regiert mit halbschottischer Sparmentalität der jüngste Ministerpräsident aller Zeiten, in Hamburg sieht nach dem finalen Olé des jetzt nicht mehr regierenden Bürgermeisters das schwarz-grüne Bündnis ziemlich alt aus.

Das verlorene Volksbegehren dort zerstörte der ohnehin in manchen Punkten fragwürdigen Schulreform vollends das Fundament, Christian Füller bezeichnet solches Begehren lieber als „Putsch der Eliten“ und spricht in seinem Beitrag zur Bildungs-Politik Deutschland den Willen zu einer demokratischen Schule ab. Gerade dafür hat sich die GGG in ihrer über 40-jährigen Geschichte immer eingesetzt. Teil 2 der zweiten 20 Jahre GGG beschreibt Ursula Helmke in diesem Heft, im nächsten folgt das Fazit verbunden mit Hoffungen auf Chancen im fünften GGG-Jahrzehnt.

Der Ausgang des Volksentscheids in Hamburg hätte ihn, einen der bedeutendsten Verfechter der demokratischen Schule in Deutschland, nicht überrascht, schreibt Hartmut Holzapfel in seinem Nachruf auf Ludwig von Friedeburg.
„Beharrlich und unbeirrt kämpfte sie zeitlebens für die *eine Schule für alle Kinder*, zuletzt gegen den Krebs. Beides konnte sie nicht gewinnen.“ So stand es auf der Trauerkarte für Ursula Dörger zu lesen, die uns kurz vor Drucklegung dieses Journals erreichte. Für den Nachruf danken wir Ingrid Ahrling.

Was eine demokratische Schule zu leisten vermag, z. B. maßgeblich zur Integration und zum hohen spielerischen Niveau der deutschen Fußballnationalelf bei der WM in Südafrika beizutragen, beweist der Bericht über die Gelsenkirchener IGS Berger Feld, ein weiterer Beitrag aus der Reihe *Beispielhafte Schulprojekte*.

In der nunmehr schon neunten Organisationsskizze wird die Offene Schule Kassel-Waldau beschrieben, sie setzt damit diese erfolgreiche Serie fort.

Einen zentralen Platz in der Mitte des Heftes nimmt die zweite Bundesarbeitsstagung *Selbst-ständig lernen* im November 2010 ein. Die GGG ist in der Heinrich-von-Stephhan-Gemeinschaftsschule in Berlin (Moabit) zu Gast. Ausführliche Informationen dazu auf vier Seiten GGG-Extra.

Die Länderberichte zeigen, dass es fast nirgendwo ein Sommerloch gab, schon gar nicht im Norden, wo, gerade noch im Sommer, am 11. und 12. September in Lübeck der Norddeutsche Kongress stattfindet.

Ich komme ins Gymnasium titelt Martina Schmerl ihren Kommentar und plädiert dafür, ernst zu nehmen, dass Eltern grundsätzlich die beste Schule für ihr Kind wollen. Und wie gewohnt finden Sie auch diese Ausgabe des GGG-Journals im PDF-Format auf der GGG-Webseite.

Und nun, liebe Leserinnen und Leser, hoffe ich, dass Ihnen u. a. mit der folgende Lektüre dieses GGG-Journals ein Herbstloch erspart bleibt.

Ihr



BILDUNGS-POLITIK

CHRISTIAN FÜLLER

Putsch der Eliten

In Deutschland fehlt der Wille zu einer demokratischen Schule. So wird die Ungleichheit der Bürger zementiert.

Das Volk wollte nicht mehr. Es stand auf gegen die neue Schule. Es tat seinen Unwillen kund, sich eine Schule oktroyieren zu lassen. Die Regierung beugte sich dem Plebiszit – und blies die Schulreform ab.

Nicht von Hamburg ist die Rede, sondern von der Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen, die 1978 durch ein Volksbegehren gestoppt wurde. Dreieinhalb Millionen Bürger sagten damals „Nein“. In Hamburg waren es nun 276.304 Bürger. Die Zahl lässt eine Exklusivität erahnen, die dem Begriff Volksentscheid vielleicht nicht gerecht wird.

Tatsächlich hat das Hamburger Plebiszit wenig mit Volk, aber viel mit dem Putsch einer bürgerlichen Elite zu tun. Die Initiative „Wir wollen lernen“ hat eine relevante Minderheit der Stadt ihrer Rechte beraubt. Mit dem urdemokratischen Mittel der Volksabstimmung zwar – aber jeder inhaltlichen Bedeutung von Demokratie Hohn sprechend.

Das sind keine Vorurteile gegen einen „Gucci-Protest“, sondern Ergebnisse einer statistischen Auswertung des Wahlverhaltens am Sonntag. Das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung hat im Detail aufgezeigt, wie die Hamburger Oberschicht den Unterschichtskindern jene Schule kaputt gestimmt hat, die sie vor negativen differenziellen Lernmilieus hätte bewahren sollen. Aber, Vorsicht, schuld sind daran nicht die krawattierten Bürgerbegehler vom Jungfernstieg, sondern die Hartz-IV-Bezieher aus den Hamburger Sozialghettos. Sie haben die Stimme für ihre Kinder weggeworfen.

Hamburg ist demokratiethoretisch in die Falle getappt. Eine relative Mehrheit wen-

det das Mittel des Volksentscheids gegen den einstimmigen Beschluss der Hamburger Bürgerschaft: Volk gegen Volksvertretung. Genauer: Obere Mittelschicht gegen die politische Repräsentanz aller Bürgerschaftsparteien.

Hamburgs Sozialmilieus, die schon einige politische Querschläger hervorbrachten, veranstalteten eine Art Kalten Krieg gegen die Demokratie. Niemals war der Protest derart grobschlächtig gegen den materiellen Sinn der republikanischen Verfassung gerichtet: Die sechsjährige Grundschule wäre ein erster Schritt zu einer überfälligen Demokratisierung der deutschen Schule gewesen. Die Ausleseverfahren nach vier Jahren Grundschule sind eindeutig sozial und nicht durch Leistung bestimmt. Dazu gibt es mehr Seiten valider Studien, als sich „Wir wollen lernen“-Wähler finden.

Parlament und Regierung beschließen, lasst uns endlich die Schule demokratischer machen – da dekretiert eine Bürgerschicht barsch: Nein, die Schwachen behindern unsere Kinder! Wir wollen *ohne Schmuddelkinder* lernen!

Und alle machen mit. Hamburgs Superblätter *SPIEGEL* und *ZEIT* stellten feingetunte Goldwaagen auf, um nachmessen zu können, welches Kind in welcher Schulform denn nun mehr lernt. Sie fragten dabei ganz ernsthaft, ob es gerecht sei, dass ein Arztkind in der Primarschule ein PISA-Pünktchen weniger hinzulerne als in der sechsten Klasse eines Gymnasiums.

Was, bitte, hat es mit *Gerechtigkeit* zu tun, einem Akademikerkind Anrecht auf mehr Bildung zuzubilligen als einem Arbeiterkind? Alle zehnjährigen Menschen haben das Recht auf gleichen Zugang zu Bildungsgütern – ohne Ansehen ihrer Abstammung. Gegen diesen elementaren Grundsatz ver-

stößt das deutsche Schulsystem. Um das einzusehen, braucht man übrigens keine PISA-Studie zu lesen.

Das deutsche Schulsystem weist eine verheerende Bilanz auf. In der Hauptschule sind mancherorts neun von zehn Kindern eingeschlossen, die mit 15 Jahren praktisch nicht lesen können. Der Staat bekräftigt die Ungleichheit seiner Bürger durch ein absurd selektives Schulsystem. Aber warum bleibt der Aufstand der Gesellschaft dagegen aus? Weil es in Deutschland kein Bewusstsein für eine demokratische Schule gibt. Das preußische Schulwesen, scharf gegliedertes Vorbild für alle deutschen Länder, ist nie wirklich revolutioniert worden. Alle Versuche, die Gliederung 1809 (Wilhelm von Humboldt), 1848 (Paulskirche), 1880 (Gymnasialstreit), 1919 (Einführung der gemeinsamen Grundschule), 1949 (alliierte Truppen) oder in den 1970ern („Mehr Demokratie wagen“) abzuschaffen, endeten in hässlichen Schulkriegen. Das deutsche Volk will keine demokratische Schule, denn es findet ironischerweise genau diese Schule *ungerecht*. Es gilt in Deutschland: Wenn alle in ein und dieselbe Schule gingen, so wäre das Gleichmacherei – und Unrecht.

Im 19. Jahrhundert hat der Staat einen Pakt mit dem aufbegehrenden Bürgertum geschlossen: Wenn ihr keine Revolution macht, dann schenke ich euch eine Schule, die ausschließlich eure Kinder zum Studium führt – das Gymnasium. Wenn der Staat diesen Pakt aufkündigt, wenn er den privilegierten Zugang zum Gymnasium angreift, dann macht das Bürgertum Revolution.

Diesem Land fehlt ein schulpolitischer Neuanfang. Das Hamburger Schulplebiszit hat nicht nur die Selbstblockade des Schulsystems durch den Auftritt eines neuen Neinsagers verstärkt. Dort haben auch beinahe alle sozialen und institutionellen Akteure der Demokratie versagt: Die Elite, der Pöbel, die Leitmedien und der Regierende. Aber sie alle feiern es als einen Sieg der Demokratie. Denn es war ja eine „Volks“-Abstimmung. ♦

Nachdruck aus: „der Freitag“, 21.07.2010

URSULA HELMKE

GGG – Die zweiten 20

JahreWendezeiten – Überzeugungen – Kurssuche (Teil 2)

Unsere GGG wurde 2009 vierzig Jahre alt. Aus diesem Anlass erschien in der Ausgabe 3/2009 des *GGG Journals* ein Bericht von Joachim Lohmann über die Jahre, in denen er selbst Bundesvorsitzender war (1974-80), vor ihm Carl-Heinz Evers (1972-74), danach Otto Herz (1980-82) und Christa Lohmann (1982-88).

Dass historische Zeitabschnitte, auch private, sich selektiv in unserem Gedächtnis ablagern – diese Erfahrung kennen wir alle. Da ist es gut und nützlich, wenn Dokumente zur Verfügung stehen, die den Lauf der Geschichte festhalten, auch wenn manches dabei aus der subjektiven Gewichtung im größeren Kontext relativiert werden mag.

Die in der letzten und der vorliegenden Ausgabe zu betrachtenden zweiten 20 Jahre stehen unserem Gedächtnis zeitlich näher als die Zusammenschau der Jahre 1969 bis 1988, sollen aber gleichwohl in vergleichbarem Ausmaß zusammengefasst werden. Die seinerzeit nacheinander amtierenden Vorsitzenden Anne Ratzki (AR), Dieter Weiland (DW) und Ingrid Wenzler (IW) stellten dafür ihre individuellen Erinnerungen zur Verfügung, die im nachfolgenden Bericht nach bestem eigenem Wissen und Vermögen zusammengefasst werden, da die Gesamtheit der Originalbeiträge den redaktionellen Rahmen um ein Vielfaches überschritten hätte.

Die „empirische Wende“

Die Wahl von **Ingrid Wenzler** zur Vorsitzenden (von 1999 bis 2007) stand im Zeichen der eingeleiteten internationalen Schulleistungsvergleiche. IW schreibt: „Der Berliner Gesamtschulkongress stellte insofern ein Novum in der Geschichte der GGG dar, als es

zum ersten und bisher einzigen Mal zu einer Kampfkandidatur um den Vorsitz der GGG kam. Zwei Mitglieder des amtierenden Vorstandes, Christoph Heuser und Ingrid Wenzler, bewarben sich um den Vorsitz. Hintergrund waren unterschiedliche Einschätzungen zur Positionierung der GGG hinsichtlich der Beurteilung und des Umgangs mit den internationalen Leistungsvergleichen. In den 90er Jahren waren die ersten Untersuchungen, TIMSS und BijU, veröffentlicht worden. Statt sie sorgfältig wissenschaftlich auszuwerten und in einem breit angelegten, offenen Diskussionsprozess ihre Bedeutung für die Bildungspolitik auszuloten, wurden sie in der Öffentlichkeit in einer atemberaubenden Weise gegen Gesamtschule instrumentalisiert.“

Die Mitgliederversammlung vertrat zu fast gleichen Anteilen einerseits diese sehr kritische Einschätzung hinsichtlich der Interpretation der Ergebnisse und ihrer Konsequenzen für die Gesamtschule, vor allem auch ihre öffentliche Verbreitung und Kommentierung; andererseits plädierten gewichtige Stimmen für einen offeneren und – wo nötig – selbstkritischeren Umgang mit den Ergebnissen. Ingrid Wenzler: „Das Stimmenverhältnis bei der Wahl machte deutlich, dass sich zwar eine Mehrheit für die kritischere Linie entschieden hatte, dass aber eine große Minderheit den Gegenkurs gewählt hatte. Es war deutlich, dass es sich um zwei starke Strömungen handelte. In dieser Situation musste es die erste und wichtigste Aufgabe des neuen Vorstandes sein, die GGG als starke Interessenvertretung der Gesamtschule zu erhalten, denn die GGG wurde gerade jetzt als politische Stimme gebraucht.“ Zwei Maßnahmen, die daraufhin vom neugewählten Vorstand in die Wege geleitet wurden, waren wirkungsvoll: die Gründung des *Arbeitskrei-*

ses PISA und die Intensivierung der Kontakte zum Grundschulverband.“ (IW)

Am 07.12.2001 wurden die mit ungeheurer Spannung erwarteten Ergebnisse des ersten PISA-Durchgangs veröffentlicht. Zahllose Treffen, Diskussionen und Veröffentlichungen hatten im Vorfeld zum Ziel gehabt, weitere Auswertungen von Leistungsuntersuchungen zu versachlichen und korrekt in die Umfeldbedingungen der Probandengruppen einzuordnen.

Ingrid Wenzler: „Der GGG gelang es, im AK PISA eine sorgfältige, konstruktive und einigende Diskussion zum strategischen Umgang der GGG mit den laufenden PISA – Untersuchungen zu führen. Heft 53 der Blauen Reihe mit dem Titel: *Fachleistung, Schulstruktur, Verteilung von Chancen. Ergebnisse neuerer Schulleistungsuntersuchungen* lag rechtzeitig vor dem 07.12.2001 vor und war ein Material der GGG, das in dieser Debatte große Resonanz und Nachfrage erfuhr. – Die Mitgliederversammlung im Rahmen des Lübecker Gesamtschulkongresses vom Mai 2001 verabschiedete mit großer Mehrheit eine Stellungnahme der GGG zur Schulleistungsforschung als gemeinsame Grundlage für das weitere Agieren der GGG in Bund und Ländern.“

Es war eine Zeit intensivster Beschäftigung mit empirischer Schulleistungsforschung, aber auch mit Grundorientierungen von Schulsystemen (Fördern oder Auslesen), mit didaktischen Konzepten, mit neuen Konzepten von Leistung, mit erfolgreichen Modellen in anderen europäischen Ländern. Das Motto des Kongresses von 2001: *Leistung gegen den Trend – eine solidarische Schule* in der Lübecker Geschwister-Prenski-Schule drückt dies prägnant aus. Experten aus Schottland, der Schweiz und Deutschland richteten den Blick auf das System Schule, auf die Lehrenden und auf die Lernenden.

Schon im Jahr 2002 folgte mit Heft 54: *PISA International. Informationen und Analysen – Stellungnahmen – Berichte aus Ländern mit integrierten Schulsystemen* die zwei-



Ingrid Wenzler (1999-2007)

te Publikation aus dieser Arbeit, wieder mit einem gemeinsamen Verbandsbeschluss: „Orientierungen der GGG für eine Weiterentwicklung des Schul- und Bildungssystems nach der internationalen PISA-Studie“ vom Mai 2002.

Auch der Gesamtschulkongress 2003 stand im Zeichen der Beschäftigung mit PISA. Er fand in der Europaschule Köln unter dem Motto: *Ja zur Vielfalt – miteinander und voneinander lernen – Gesamtschule* statt. Als Hauptredner konnte der internationale PISA-Koordinator Andreas Schleicher gewonnen werden, der mit einer beeindruckenden Präsentation der PISA-Ergebnisse von 2001 die Überlegenheit integrierter Schulsysteme schlüssig darstellte. Die international besetzten Foren mit ExpertInnen aus Schweden, Finnland, England und Kanada fanden große Resonanz, weil sie vielen Lehrern und Lehrerinnen erstmals originale Einblicke in die Bildungssysteme dieser bei PISA erfolgreichen Länder eröffneten.

Dieser Kongress brachte als wichtige Erkenntnis, dass es nun unabdingbar sei, in Deutschland die Abschlussbedingungen an Gesamtschulen auf die Tagesordnung zu setzen. 21 Jahre nach dem Beschluss der

KMK-Vereinbarungen von 1982 mit ihren harten Differenzierungsaufgaben an Gesamtschulen definierte die GGG es jetzt als ihre politische Aufgabe, die Verpflichtung zur Fachleistungsdifferenzierung als Voraussetzung für die Anerkennung von Schulabschlüssen an Gesamtschulen „aktiv zu bekämpfen.“ (Alle IW)

Damit war die Arbeit des AK PISA beendet. Er arbeitete nun als AK KMK mit dem Auftrag weiter, eine Änderung der KMK-Beschlüsse von 1982 zu befördern. Diese Aufgabe wird von Ingrid Wenzler, sicher nicht zu Unrecht, als das „Bohren harter Bretter“ bezeichnet, gilt es doch, sich mit der Grundauffassung durchzusetzen, dass *differenziertes Lernen* letztlich ein *individuell* angepasstes, nicht in Gruppen sortiertes, sein muss. Allerdings hatte die KMK, was vielfach nicht im wünschenswerten Umfang wahrgenommen wurde, bereits 1993 bzw. 1996 „lehrplanbezogen definierte Anspruchsebenen und (...) zur Erprobung besonderer pädagogischer Konzepte klasseninterne Lerngruppen (...)“ zugestanden (Frankfurter Toleranzedikt). In Verbindung mit der Öffnungsklausel zu Schulversuchen, die nur noch der KMK *angezeigt*, nicht dort *genehmigt* werden müssen, wären weitere Entwicklungsschritte von Gesamtschulen sicher denkbar und einige der von Ingrid Wenzler so genannten Modelle unter der Hand gewiss schon damals zu legitimieren gewesen (UH). Nach wie vor gravierend ist allerdings das Problem der praktischen Umsetzung einer inneren individuellen Differenzierung, die von der Fachtagung 2008 in Herford am Beispiel der dortigen GS wieder intensiv aufgenommen wurde.

Annäherungen

1. Grundschulverband

„Die politischen Entwicklungen im Zusammenhang mit den großen Schulleistungsuntersuchungen führten zur Annäherung an den Grundschulverband. Ohne zu entscheiden, wo die Jahrgänge 5 und 6 anzubieten

seien, waren sich beide Verbände einig, dass alle Kinder, einschließlich jener mit besonderem Lernvermögen und jener mit Behinderungen, in einer Schule gemeinsam lernen sollten. Im Februar 2001 wurde die „Gemeinsame Grundsatzposition von Grundschulverband und Gesamtschulverband *Länger miteinander und voneinander lernen* beider Verbände erarbeitet und anschließend von ihren Gremien verabschiedet“ (IW).

Sie wurde zum Gründungsdokument einer großen Verbändekooperation im bildungspolitischen Bereich und vereinte die GEW, Aktion Humane Schule, den Bundeselternrat, regionale und lokale Elternvertretungen, den Verband Sonderpädagogik und etliche Landesschülervertretungen in der Initiative *Länger gemeinsam lernen* bzw. in der Forderung nach „einer Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit“. Die Koordination lag beim Grundschulverband und dem Gesamtschulverband. Das Buch *Länger gemeinsam lernen* wurde als gemeinsame Publikation herausgegeben (nach IW).

Höhepunkt des Bildungsfests *Länger gemeinsam lernen* im Rahmen des 29. Gesamtschulkongresses in Kleinmachnow (2005) war die Ansprache von Prof. Dr. Rita Süßmuth, CDU, die sich eindrucksvoll unseren Intentionen anschloss.

Die gemeinsame inhaltliche Weiterarbeit brachte in der Folge die *PISA-Lupe* hervor. Sie ist ein Angebot an alle Schulen zur Selbstbefragung und Selbstentwicklung in „finnischem Denken“ und sozialer Gerechtigkeit. Die Initiative *Länger gemeinsam lernen* (www.laenger-gemeinsam-lernen.de) umfasst mittlerweile knapp 20 bildungspolitische Vereinigungen.

2. GEW und Öffentlichkeitsarbeit

Die Beschäftigung mit den PISA-Untersuchungen und die Verbände-Kooperation führten gleichermaßen zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der GEW. Über die Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative *Länger gemeinsam lernen* hinaus wurden die strategischen Denkrunden am Himmel-

fahrtswochenende zwischen den Kongressjahren fortgesetzt und gemeinsame Presseerklärungen sowie weitere Veröffentlichungen herausgegeben. An vielen durch die GEW veranstalteten überregionalen Kongressen war die GGG beteiligt und konnte ihre Position darstellen. So wurde das Hauptproblem des deutschen Schulsystems, seine selektive hierarchische Schulstruktur, verstärkt zum Thema.

Öffentlichkeitsarbeit spielte in der GGG seit jeher eine bedeutende Rolle, sei es in Form der Verbandszeitschrift, der *Blauen Reihe* oder weiterer veröffentlichter Tätigkeitsberichte und bildungspolitischer Kommentare. Zwei neue Elemente werden im Bericht von Ingrid Wenzler hervorgehoben: der Aufbau einer erneuerten Homepage und die jährliche Übersicht zu den Anmeldezahlen an den Gesamtschulen vieler Bundesländer; sie finden inzwischen im Frühjahr großes Presseinteresse.

Aktuelle strategische Ausrichtung

Der Vorsitz von Ingrid Wenzler endete beim GGG-Kongress 2007 mit einer erneuten Strategiedebatte über die Positionierung des Verbandes in Zeiten schulstrukturellen Umbruchs in vielen Bundesländern. Ingrid Wenzler schreibt dazu: „Im Vorfeld des Kongresses war erneut eine Debatte über die strategische Ausrichtung der GGG entstanden. Stimmen zugunsten der Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt wurden mit großen Mehrheiten zurückgewiesen. Dies galt auch für die Position der Vorsitzenden, den Weg zu mehr Integration und schließlich Inklusion über die Gesamtschule, ihren Ausbau, ihre pädagogische Weiterentwicklung zu suchen, nicht über andere Bezeichnungen oder Konzepte“. Die Debatte dieses Gesamtschulkongresses führte zur späteren Umbenennung der GGG zum *Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens*, getragen von klaren Mehrheiten in allen Gremien der GGG.

Die im Rückblick auf die vergangenen 40 Jahre der GGG-Existenz verschiedentlich

angeklungene bzw. angemahnte strategische Debatte, deren Ergebnisse bislang nicht zu einer eindeutigen, handlungsleitenden Aussage geführt hatten, ist mit der Ergänzung „Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.“ zu einem gut vermittelbaren Ergebnis geführt worden. Damit wird nun auch eindeutig geklärt, dass Kooperative Gesamtschulen u. Ä. sowie die neuen Gemeinschaftsschulen in der GGG willkommen sind, da sie sich mehr oder weniger bereits auf dem Weg zur gemeinsamen, integrierten Schule befinden, wenngleich an dem Ziel des individuell differenzierenden und fördernden Lernens noch gearbeitet werden muss. Joachim Lohmann hatte in seinem Rückblick beklagt, dass eine grundsätzliche strategische Debatte nicht geführt werden konnte, Anne Ratzki fasst die 1988/89 in verschiedenen Stellungnahmen geäußerten Varianten zusammen: *Kleine Schritte* in Richtung Integration an allen Schulen, J. Lohmann; *Wandel durch Annäherung* bei K.-J. Tillmann; *Zweigliedrigkeit* von Gesamtschulen und Gymnasien bei K. Hurrelmann. Von Herbert Enderwitz stammt die auch von D. Weiland geteilte Position: „Für die Integrierte Gesamtschule bedeutet das aushalten, Position halten, die innere Schulreform weiter entwickeln, Modelle schaffen, die vorzeigbar sind, regionale Zentren des Fortschritts bilden, die Gesamtschullehrern und reformwilligen Kollegen helfen weiterzumachen, sie anregt, neu motiviert und nicht zuletzt Eltern zur Mitarbeit gewinnt.“ Der Hamburger Erziehungswissenschaftler C.-L. Furck hingegen forderte in den *Gesamtschul-Kontakten 2/99* in einem „Zwischenruf“ zum Kongress in Berlin unmissverständlich, „auf neue Herausforderungen neue Antworten zu suchen“.

Wir können von Glück sprechen, dass uns durch PISA und seine Auswertungen die skandinavischen u. a. „Siegerländer“ vorbildhaft nahe gerückt sind und sich wirkungsvolle deutsche Gesamtschulen an deren Seite stellen lassen, wie sich gezeigt hat. Jetzt ist die GGG auf gutem Weg, im inzwischen landesweit schulstrukturellen Umbruch Position zu halten, ja voran zu kommen: Der o. a. Aufruf

zum Durchhalten und zur ständigen eigenen Qualitätsentwicklung stärkt unsere Überzeugung; *strategisch* ist mit der Initiative *Länger gemeinsam lernen*, der politischen Arbeit an den Rahmenvorgaben und der klaren Ansage, alle Schulen des Gemeinsamen Lernens verbinden zu wollen und zu können, ein überzeugender Rahmen geschaffen.

K.-J. Tillmann hat im November 2009 den Berliner Schulleitern (zur dort beschlossenen Zweigliedrigkeit) gesagt: „Es gab und gibt eine Vielzahl guter, auch wissenschaftlich vorzeigbarer Gründe, eine Schulreform in der jetzt vollzogenen Form zu realisieren. Ob sich die damit verbundenen pädagogischen und sozialen Erwartungen dann auch einlösen lassen, wird sich aber erst im Praxistest zeigen können. Es gibt zu dieser Strukturreform der Zweigliedrigkeit aber auch eine Alternative, nämlich die gemeinsame Schule für alle. Dass sie im Jahr 2009 nicht zum Tragen gekommen ist, hat politische Gründe ...“^{1*} An diesen, die er zuvor ausgeführt hat, muss noch gearbeitet werden.

Zu danken ist allen genannten Vorsitzenden, ihrem jeweiligen Team und besonders auch den Elternvertreter/innen, die uns auf diesem Weg mit viel Kraft und Engagement vorangebracht haben, sowie den unendlich vielen Mitstreiter/innen, die in den Schulen und Landesverbänden unsere gemeinsame Vision von der guten und gemeinsamen Schule gestärkt und an ihrer Realisierung mitgewirkt haben. ◆

Anmerkung der Red.: Um die ersten 40 Jahre der GGG zu vervollständigen, bleibt noch zu berichten über die Strukturreform der GGG, die unter dem Vorsitz von Ingrid Wenzler eingeleitet wurde, und detaillierter über die Entwicklung ab Herbst 2007 mit der in Herford beschlossenen Grundsatzposition. Das wollen wir in der nächsten Ausgabe des GGG-Journals tun.

1 „Der Schritt in die Zweigliedrigkeit – Aufbruch oder Sackgasse? – Zur Berliner Schulstrukturdiskussion des Jahres 2009“, Vortrag auf der Tagung des „Interessenverbands Berliner Schulleiter“ am 17.11.2009

SERIE

ACHIM ALBRECHT UND LOTHAR SACK

Organisations-skizze Offene Schule Waldau (Kassel)

Beschreibung der Schule

Adresse: Offene Schule Waldau (OSW), Stegerwaldstraße 45, 34123 Kassel. Fon: 0561/950810. Fax: 0561/9508110, E-Mail: verwaltung@oswonline.de, web: www.oswonline.de

Schulleiterin: Bärbel Buchfeld

Ansprechpartner: Achim Albrecht (pädagogischer Leiter)

Art: Staatliche Schule, Gesamtschule (Jahrgänge 5 bis 10).

Lage, Gelände, Gebäude: Die Schule befindet sich am Rand der Plattenbausiedlung der 60er Jahre und des alten Dorfs Waldau im Südosten der Stadt. Auf dem Schulgelände befinden sich neben Freiflächen das Hauptgebäude (aus den 70er Jahren), drei Pavillons (Mitte der 80er Jahre), Mensa, Sporthalle und Sportplatz, Keramikwerkstatt und Schulgarten. In jedem Pavillon ist einer der Jahrgänge 5, 6, 7/8 untergebracht. Im Hauptgebäude befinden sich die Jahrgänge 7/8, 9, 10, außerdem Fachräume, Bibliothek, Schulleitung und Cafeteria.

Größe, Aufbau: Schüler/innen: ca. 885, Jg. 5-10, 6-zügig (36 Klassen); Personal: ca. 85 Lehrer/innen, Mitarbeiter der Schulsozialarbeit, Sekretär/innen, Hausmeister.

Geschichte: Die Schule wurde als Gesamtschule in den 70er Jahren mit früher ABC-Differenzierung gegründet. Anfang der 80er Jahre wurde die Schülerschaft überwiegend durch das sozial belastete Waldauer Einzugsgebiet bestimmt. Die Schule befand sich in einer sehr schwierigen Situation. In den Jahren 1980 bis 1983 ergriff die Schule die sich bietende Gelegenheit, eine pädagogische Neuorientierung als Offene Schule zu planen und zu realisieren. Das zunächst SPD-, unter Schwarz-Gelb FDP-geführte Kultusministerium (Ministerin Ruth Wagner) und die Stadt Kassel unterstützten und förderten diese Arbeit. Das Klima in der Schule änderte sich innerhalb kurzer Zeit; damit wurde die Schule auch für Schüler/innen und Eltern des gesamten Stadtgebietes interessant. Die Stadt Kassel und das Land Hessen haben die Schule im Schuljahr 1994/95 zur „Versuchsschule des Landes Hessen“ erklärt. Unter vielen Auszeichnungen erhielt die Schule 2006 den deutschen Schulpreis.

schule des Landes Hessen“ erklärt. Unter vielen Auszeichnungen erhielt die Schule 2006 den deutschen Schulpreis.

Schülerschaft: Waldau ist einer der „sozialen Brennpunkte“ Kassels. Ca. 55% der Schüler/innen kommen aus Waldau – sie werden vorrangig aufgenommen; 45% aus der übrigen Stadt und, zum kleinen Teil, aus dem Landkreis. Für mehr als 40% ist Deutsch nicht Muttersprache.

Leitideen

Eine gute Schule lässt sich im Alltag von diesen Erziehungszielen leiten:

- Wir müssen das Ich der Kinder stärken, ihnen Vertrauen zu sich selbst geben und sie selbstbewusst machen,
- wir müssen sie in die Lage versetzen, als selbstsichere Individuen mit anderen zu kommunizieren, d. h. in einer Gemeinschaft zu leben, in der jeder jeden achtet und ernst nimmt,
- wir müssen die Kinder Verantwortung für sich selbst, ihren eigenen Entwicklungsprozess sowie für die Umwelt lehren,
- wir müssen Orientierung und Klarheit bieten, Grenzen setzen, Regelverhalten erwarten,
- wir müssen zum Lernen motivieren und Techniken vermitteln, die lebenslanges und selbstständiges Lernen ermöglichen,
- wir müssen Geborgenheit und Rückhalt geben und lehren, Offenheit zu ertragen und zu nutzen,
- wir müssen ganzheitliche Betrachtungsweisen und vernetztes Denken fördern.

(aus Ahlring / Brömer)

Die Schulordnung lautet: „langsam, leise, freundlich, friedlich“.

Bausteine

Alle Abschlüsse: An der OSW können alle Abschlüsse der Sekundarstufe I – einschließlich des Übergangs auf die gymnasiale Oberstufe – erworben werden.

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten; Teamstruktur: Jeder Jahrgang bildet mit



Offene Schule Waldau

Schüler/innen und Lehrerteam eine besondere Einheit. Der Jahrgang „bewohnt“ für zwei Jahre einen eigenen Bereich mit sechs Klassenräumen, einer Gemeinschaftsfläche zum Versammeln, Feiern, Vorführen und Arbeiten und einem Teamzimmer. Die i. d. R. 13 Klassenlehrer/innen bilden das Jahrgangsteam, das die organisatorische und inhaltliche Arbeit im Jahrgang selbstverantwortlich leistet. Teamsitzungen finden vierzehntägig ab 15 Uhr statt. Für die inhaltliche und organisatorische Koordinierung werden zwei Organisator/innen, ein/e Teamsprecher/in (zugleich Mitglied der Koordinierungsgruppe der Schule) gewählt.

Klassenlehrer/innen: Jeder Klasse sind (möglichst) zwei Klassenlehrer/innen zugeordnet, in der Regel Frau und Mann. Über ihre Funktion als Ansprechpartner und Berater für Schüler/innen und Eltern der Klasse hinaus übernehmen sie gemeinsam Klassenrat und Freies Lernen (FL) in ihrer Klasse. Die Klassenlehrer/innen geben in ihrer Klasse möglichst viel Fachunterricht. Die weiteren Stunden werden vorzugsweise an andere Teamlehrer/innen vergeben. Die Klassenlehrer/innen begleiten eine Klasse von Jahrgang 5 bis 10.

Ganztagsbetrieb, Tages-/Wochenstruktur: Die Offene Schule Waldau ist eine Ganztagschule, geöffnet von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr. Der Tagesablauf gliedert sich in den Offenen Anfang (7.30 bis 8.00/8.45) Uhr, Unterrichtszeit (8.00/8.45 bis 14.35 Uhr) und die Zusatzangebote (15.00 bis 16.30 Uhr). In den höheren Jahrgängen beginnt der Unterricht an einigen Tagen um 8.00 Uhr. In den vier Unterrichtsstunden bis 12.15 Uhr liegt eine halbstündige Frühstückspause. Der einstündigen Mittagspause (Mittagessen, Freizeitaktivitäten) folgen noch zwei Unterrichtsstunden bis 14.35 Uhr, dem Ende des Pflichtunterrichts. Es gibt keine Klingel und keinen Gong; fünf Minuten vor Unterrichtsbeginn begeben sich alle auf den Weg zu ihrem Arbeitsplatz.

Offener Anfang: Ab 7.30 Uhr sind die Jahrgangsbereiche einschl. der Klassenräume geöffnet. Die Schüler/innen können in diesem „Offenen Anfang“ ihren Interessen nachge-

hen: Klassendienste versehen, sich besprechen, üben, musizieren, erzählen, Aufgaben erledigen, spielen oder einfach nur „ankommen“. In den Jahrgängen 5 und 6 gibt es ab 8 Uhr eine Aufgabenbetreuung. Die Klassenräume sind auch in den Pausen Aufenthaltsräume.

Morgenkreis: Im Jg. 5 findet zu Beginn jeder ersten Unterrichtsstunde im Klassenverband der ca. 15-minütige Morgenkreis statt. Anfangs berichten Schüler/innen über für sie interessante Fakten und Erlebnisse, bald stellen sie Produkte des Freien Lernens vor. Im Jg. 6 findet der Morgenkreis anlassbezogen bei den Klassenlehrer/innen statt. Schüler/innen übernehmen Leitung und Protokollführung.

Mittagspause: Von 12.15 Uhr bis 13.15 Uhr ist Mittagspause, in der das Mittagessen eingenommen wird. Das Freizeitangebot organisiert die Mitarbeiter der Schulsozialarbeit.

Mittagessen: Seit 2006 ist das Essen an gesundheitsfördernden und umweltverträglichen Prinzipien orientiert und die Teilnahme aller Schüler/innen am Mittagessen verbindlich. Mittlerweile nehmen über 800 Schüler/innen am Mittagessen teil. Es gibt WOK-Station, Nudel-Bar, Salat-Bar, Suppenstation, frisches Obst und Dessert zur Selbstbedienung sowie eine Menü- und eine Snack-Ausgabe. Neben Mensa und Cafeteria gibt es an zwei Wochentagen das Bistro: Schüler/innen der Klassen 9/10 kochen für die eigenen Jahrgänge. Die Schüler/innen entscheiden selbst, wo sie essen. Die Eltern erteilen der Schule eine Einzugsgenehmigung für den Essensbeitrag. Ca. 200 Kinder, deren Eltern den Essensbeitrag nicht aufbringen können, werden durch die Schulgemeinde und die Karl-Kübel-Stiftung unterstützt.

Zusatzangebote: Die Zusatzangebote finden von 15.00 bis 16.30 Uhr statt. Aus einer Vielzahl von kulturellen, sportlichen oder handwerklichen Angeboten wählen die Schüler/innen Kurse aus. Die Angebote sind freiwillig; wer sich einwählt, nimmt verbindlich zwischen Herbst und Pfingsten teil. Die Teilnahme wird im Zeugnis vermerkt.

Klassenrat: In den Jahrgängen 5 bis 8 ist am letzten Tag der Woche Klassenrat, in den Jg.

9/10 während der Woche. Es wird besprochen, was an Themen in der Wandzeitung gesammelt wurde – und ggf. Beschlüsse gefasst. Leitung und Protokollierung erfolgen durch Schüler/innen.

Jahresstruktur: Das Schuljahr ist durch regelmäßige Veranstaltungen gegliedert; sie richten sich teils an die ganze Schulgemeinde, teils an die Jahrgänge: Aufnahmefeier Jahrgang 5, Schüleraustausch, 1. Kompaktwoche / Praktikum Jg. 9, Textwettbewerb, Werkstattabend, Jahrgangsfeier vor Weihnachten, Schreibwerkstatt, 2. Kompaktwoche, Pädagogische Tagung, Schüleraustausch, Spenderlauf, Streetballturnier, Fernsehfreie Tage, 3. Kompaktwoche, Schuljahresabschlussfeier in den Jahrgängen, Ehemaligentreffen.

Kompaktwochen: Dreimal im Schuljahr wird der normale Unterricht ausgesetzt: kurz nach Schuljahresbeginn, im Februar und kurz vor Schuljahresende. In diesen Kompaktwochen finden themenbezogene Unterrichtsprojekte im Jahrgang oder in einzelnen Klassen statt, Exkursionen und Klassenfahrten werden durchgeführt, Lernmethoden trainiert oder spezielle Inhalte eines Faches in Fachtagen bearbeitet.

Werkstattabend: Im November präsentieren die Schüler/innen ihre Arbeitsergebnisse aus den verschiedensten Lernbereichen der engeren Schulgemeinde, den Eltern und vielen Gästen.

Tagesrhythmus

Montag bis Freitag	
7.30	Offener Anfang / Unterricht
8.45	
8.45	Unterricht
10.15	
10.15	Pause
10.45	
10.45	Unterricht
12.15	
12.15	Mittagspause
13.15	
13.15	Unterricht
14.35	
Ende des Pflichtunterrichts	
15.00	Zusatzangebote
16.30	

Lernen in Zusammenhängen, fächerübergreifender Unterricht: Physik, Chemie und Biologie werden in den Klassen 5 bis 8 im Lernbereich „Naturwissenschaften“ unterrichtet; in den Jahrgängen 9 und 10 finden themen- und niveaudifferenzierte Neigungsgruppen statt, in die sich die Schüler/innen jedes Halbjahr einwählen. Die Fächer Sozialkunde, Geschichte und Erdkunde sind im Lernbereich „Gesellschaftslehre“ zusammengeführt. In Zusammenarbeit mit den zuständigen kirchlichen Stellen findet der Religionsunterricht im Klassenverband statt, meist bei einer/m Klassenlehrer/in. Die Jahrespläne der verschiedenen Fächer werden so koordiniert, dass fächerverbindende Projekte, vor allem in den Kompaktwochen realisiert, möglich werden.

Freies Lernen (FL): Freies Lernen ist ein besonderes Fach: in den unteren Jahrgängen zwei und in den höheren drei Wochenstunden. Jede/r Schüler/in arbeitet einzeln oder in einer kleinen Gruppe an Aufgaben, die sie sich großenteils selbst auswählen und die mit den betreuenden Lehrer/innen vereinbart sind. Die von den Schüler/innen erwartete Selbstständigkeit sowie die Komplexität und Bearbeitungsdauer der Aufgaben steigt mit zunehmendem Alter. Grundlage ist ein OSW-eigener Arbeitsplan. Mit zunehmendem Alter treten die Vorhaben als Arbeitsform in den Vordergrund. Jede/n Schüler/in dokumentiert Planung, Ablauf und Reflexion des individuellen Lernens von Klasse 5 bis 8 mit dem Wochenarbeitsplan, in der 9./10. Klasse mit einem Vorhaben-Tagebuch. Die betreuenden Lehrer/innen kommentieren sie und legen sie den Eltern zur Einsicht vor. Weitere Elemente des Freien Lernens sind „Werk-Ecken“ und das „Offene Labor“.

Vorhaben: Etwa ab dem Jahrgang 8 gibt es „gelenkte Vorhaben“ (Auswahl aus ca. 16 Themen, Umfang 27 Stunden), dann „Freie Vorhaben“ und „Klassenvorhaben“ in jeweils drei Epochen in den Schuljahren 9/10.

Gesunde Schule: Gesunde Lebensweise und umweltbewusstes Leben werden im Fachunterricht thematisiert. Die Schule realisiert Konzepte der „Bewegten Schule“.

Eine Multi-Kletter- und Spielanlage, der „Kletterwald“, wurde errichtet (finanziert durch Spendenläufe, den Förderverein und Sponsoren). Eine Soda- und Tafelwasseranlage steht den Schüler/innen zur Verfügung („Schoolwater“); das Trinken im Unterricht ist erlaubt. Angebot und Einnahme des Mittagessens orientieren sich an Gesundheits- und Umweltstandards.

Sprachförderung: Zahlreiche Maßnahmen dienen der Sprachförderung: Wochendiktat, Freie Texte, Lesenacht in der Bibliothek, Schreibwerkstatt, Wettbewerbe u. a.

Computerunterricht: In den Jahrgängen 6 bis 8 erhalten alle Schüler/innen eine Computerausbildung (zwei Wochenstunden) mit einem Abschlusszertifikat. Die Schule verfügt über vier Computerräume und in jedem Klassenraum mindestens einen PC mit Internetanschluss.

Wahlpflichtbereich: Im Wahlpflichtbereich der Jahrgänge 7/8 können die Schüler/innen wählen: die zweite Fremdsprache (Französisch, Latein) oder Kurse mit Schwerpunkten im Bereich Polytechnik. In den Jahrgängen 9/10 umfasst das Angebot Spanisch als weitere Fremdsprache; möglichst Französisch für Anfänger, Technik, Sozioökologie, Wirtschaftslehre, Naturwissenschaften, Informatik, Kunst, Sport.

Aufgaben: In einigen Fächern werden Aufgaben erteilt, die nicht im normalen Unterricht zu erledigen sind. Wann diese Aufgaben erledigt werden, ist Sache der Schüler/innen (zu Hause, offener Anfang/Aufgabenbetreuung, Vertretungsstunden, Pausen).

Integration: Seit 1993/94 werden in jedem Jahrgang etwa vier Kinder mit unterschiedlichsten Behinderungen in einer „I-Klasse“ aufgenommen. Ein/e Sonderpädagoge/in ergänzt die Klassenlehrer/innen. Grundsatz des gemeinsamen Unterrichts ist: Alle Schüler/innen arbeiten entsprechend ihren Fähigkeiten in allen Fächern am gleichen Oberthema in den gleichen Räumen. Alle Lehrer/innen sind für alle Schüler/innen zuständig.

Äußere Differenzierung: Eine äußere Differenzierung findet statt auf zwei Ni-

veaus (Grund- und Erweiterungskurse): ab Jahrgang 8 in Englisch, Mathematik, und Deutsch, ab Jahrgang 9 in Französisch. Im 9. und 10. Schuljahr können die Schüler/innen naturwissenschaftliche Kurse mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad und eigenen Themen wählen. In den Jahrgängen 5 bis 7 werden zwei Bläserklassen angeboten; jedes Kind erlernt ein Blasinstrument. Es werden besonders Kinder angesprochen, die aus sozial schwächeren Familien kommen. Zwei Chöre und ein Orchester ergänzen das Angebot.

Rituale, Regeln, Klassenämter: Die Schule hat zahlreiche Regeln / Rituale, u. a. ein „Ruhezeichen“ (eine Hand in die Höhe gestreckt, die andere vor den Mund gehalten); dessen einheitliche Anwendung hat zur Folge, dass selbst bei großen Veranstaltungen innerhalb weniger Sekunden Aufmerksamkeit einkehrt. Schüler/innen übernehmen regelmäßig Aufgaben innerhalb des Klassenverbandes; ca. 20 dieser Klassenämter sind definiert.

Schüler/innen-, Austauschfahrten: Beginnend mit einer Klassenfahrt zum Anfang des Jahrgangs 5 gibt es regelmäßige Klassenfahrten, die ergänzt werden durch Schüleraustauschaktivitäten mit Frankreich, England und der Türkei.

Berufsorientierung, Praktika: Außer der Thematisierung von Themen aus der Berufswelt und praktischen Arbeitsmöglichkeiten im Unterricht aller Jahrgänge gibt es ab Jahrgang 8 Betriebserkundungen, Expertenbefragungen, Hospitationen, einen Tag am Arbeitsplatz eines Elternteils sowie die verpflichtende Teilnahme am „Girls- und Boys-Day“, das Betriebspraktikum, die Info-Börse Beruf in „Lebenden Werkstätten“ (Vorstellung von ca. 60 Berufen durch etwa 15 Institutionen und Firmen), den kontinuierlichen Werkstatttag, die Berufsberatung durch die Arbeitsagentur sowie individuelle Unterstützung zu Arbeitsplatzfindung und Bewerbungsverfahren.

Beratung: Es gibt ein umfangreiches Netz von Beratungsangeboten, das mit systematischen Hausbesuchen bei den Schüler/innen im Jahrgang 5 beginnt, Schullaufbahnbera-

tung und Berufsfindung umfasst, aber auch Angebote bei persönlichen Problemen bietet. Grundlage sind regelmäßige Informationen für die Eltern über die Entwicklung ihres Kindes: Kurzmitteilungen im Wochenarbeitsplan, Elternabende, Elternsprechtage, Halbjahresgespräche sowie Kontakte über Telefon oder E-Mail. Die zwei Schulsozialarbeiter sind eine wichtige Anlauf-, Beratungs- und Unterstützungsstelle – für Schüler/innen und Lehrer/innen –, insbesondere in den Jahrgängen 5/6.

Individuelle Lern- und Förderpläne: Zu Beginn des 5. Schuljahres finden in jeder Klasse Hospitationsrunden statt. Die Beobachtungen fließen in Klassenkonferenzen ein, in denen Stützungs- und Fördermaßnahmen für die ganze Klasse sowie einzelne Schüler/innen vereinbart werden. Diese sowie ausführliche Elterngespräche sind Grundlage für individuelle Lern- und Förderpläne. Diese werden anlässlich der zahlreichen Elternkontakte (u. a. Halbjahresgespräche) überprüft und fortgeschrieben.

Leistungsbeurteilung: Ergänzend zu den Zeugnissen finden ab Ende der 5. Klasse 20- bis 30-minütige „Halbjahresgespräche“ statt. Klassenlehrer/innen, Eltern und das Kind bilanzieren das letzte Halbjahr und treffen Vereinbarungen für das nächste. Die mündliche Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens und des Freien Lernens werden protokolliert. Dieses Verfahren ersetzt weitere schriftliche Mitteilungen.

Schuljahreswiederholungen: Es gibt es kein „Sitzenbleiben“.

Elternarbeit, Schülervertretungsarbeit: Für die Qualifizierung der Schülervertretung (SV) werden jährliche Tages- und Wochenendseminare durchgeführt. Die SV veranstaltet regelmäßig Schülerbefragungen, deren Ergebnisse in die Schuldiskussion eingehen. Gleiches gilt für die Kooperation mit den Elternvertretern, die wie die SV eigene Jahrgangssprecher wählen und alle wichtigen Fragen der Schulentwicklung im Elternbeirat beraten.

Kommunikation / Schulentwicklung / Gremien: Neben den Gremien Schulleitung,

Schulkonferenz, Lehrergesamtkonferenz, Fachkonferenzen, Eltern- und Schülergremien gibt es den Klassenrat, die sechs Jahrgangsteams, die Teamsprecherkonferenz und die Koordinierungsgruppe (Schulleitung, Teamsprecher und drei weitere Mitglieder, die in Klausuren längerfristige Themen bearbeiten) sowie Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen (z. B. AG Freies Lernen).

Vernetzung, Öffnung: Die OSW arbeitet eng mit anderen Schulen zusammen: in Kassel (Übergang aus der Grundschule, Übergang in weiterführende Schulen), in Deutschland (Austausch bei der pädagogischen Weiterentwicklung) und Europa (Schüleraustausch, Comenius-Projekte). Seit 1991 besteht eine Schulpartnerschaft zur *Warrenvale High School* in Warrenton, District Kimberley, Südafrika; die Schule wird von der OSW finanziell unterstützt (Schulspeisung, Bewirtschaftung eines Gemüsegartens). Die Offene Schule arbeitet mit den Waldauer Vereinen, Verbänden, Institutionen der Stadt und des Landes, der Universität, Kirchen und Firmen eng zusammen u. a. im kommunalen Pilotprojekt *Bildungsregion Waldau*. Als Versuchsschule kooperiert die OSW mit Wissenschaftlern, besonders der Universität Kassel, mit andere Schulen und Institutionen. Die Schule hat einen Besucherdienst für Besuchergruppen eingerichtet. Die Dokumentation der pädagogischen Arbeit erfolgt in der halbjährlich erscheinenden Schulzeitschrift „Schulleben“ und in zahlreichen Veröffentlichungen. Das jährliche „Planungsgespräch“ dient der kritischen Diskussion mit Vertretern des hessischen Kultusministeriums, des Staatlichen Schulamts und der Stadt Kassel.

Kommentar

Die Offene Schule Waldau gehört zu den in der Region am stärksten nachgefragten Schulen. Sie muss jedes Jahr 150 bis 200 Kinder abweisen. Den guten Ruf hat sich die Schule nicht nur durch das auch für Besucher wahrnehmbare angenehme Schulklima – man geht gerne zur Schule – erworben, sondern auch dadurch, dass es gelungen ist, dieses Schulklima mit einem hohen An-

spruchsniveau zu verbinden und dies auch überdurchschnittlich einzulösen: 60 bis 70% der Absolventen erreichen den Übergang zu Fachoberschule, Beruflichem Gymnasium oder gymnasialer Oberstufe, darunter mit gleichem Anteil Schüler/innen mit migrantischem Hintergrund. Der Anteil der Abgänger ohne Abschluss lag in den letzten Jahren bei 0,5%. Für den Betrachter von außen fallen besonders auf:

- Eine Schule, die sich in einer problematischen Situation befindet, kann durch eine konsequente pädagogische Neuorientierung nicht nur mit ihrer bisherigen Schülerschaft erfolgreich arbeiten, sondern darüber hinaus für andere Eltern und Schüler/innen attraktiv werden. Das zeigt die OSW durch ihre Entwicklung. Der Schlüssel für die erfolgreiche pädagogische Arbeit liegt in der Haltung, die gegenüber Schüler/innen eingenommen wird: Sie werden ernst genommen und in ihrer Entwicklung unterstützt.
- Unter den vielfältigen praktizierten reformpädagogischen Elementen kommt dem Freien Lernen besondere Bedeutung zu. Hier wird Selbstständigkeit von Schüler/innen unterstützt; und wo sie noch nicht entwickelt ist, wird systematisch zur ihr hin geführt, indem stützende Hilfen schrittweise weggelassen werden. Der Arbeitsplan für das Freie Lernen ist ein gelungenes Beispiel für die Umsetzung einer anerkennenden Pädagogik.
- Ungewöhnlich ist die intensive Vernetzung der Schule mit zahlreichen außerschulischen Instanzen. Insbesondere ist es gelungen, die Schule zu einem wichtigen Kristallisationspunkt des Stadtlebens zu machen.

Quellen

Achim Albrecht ist Pädagogischer Leiter der Offenen Schule Waldau. Ausführlicher informiert die Website www.osw-online.de und Ingrid Ahlring/Bärbel Brömer: Schule machen – Das pädagogische Konzept der Offenen Schule Waldau/Kassel, 1999 (leider vergriffen)

Stand: Juli 2010 ◆



BEISPIELHAFTHE PROJEKTE

CHRISTIAN KRABBE

Özil, Neuer, Matip – WM-Fieber am Berger Feld

Gelsenkirchener Eliteschule des Fußballs kooperiert seit 10 Jahren mit Schalke 04

Mesut Özil, Manuel Neuer und der für Kamerun spielende Joel Matip – gleich drei Schüler der *Gesamtschule Berger Feld* kamen bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika zum Einsatz. Das ist kein Zufall, denn seit nunmehr zehn Jahren besteht die äußerst erfolgreiche Kooperation zwischen der Gelsenkirchener Gesamtschule und dem Fußball-Bundesligisten FC Schalke 04.

Die Nominierungen für das Turnier in Südafrika, der sportliche Erfolg sowie das positive Auftreten der Deutschen Nationalmannschaft führten dazu, dass im Sekretariat der *Eliteschule des Fußballs* kurz vor den Sommerferien täglich mehrere Anfragen von Journalisten eingingen, die sich auf Spurensuche der inzwischen berühmten Schüler begeben wollten. Im Vordergrund dabei: Mesut Özil, in Gelsenkirchen geborener Mittelfeldakteur mit türkischen Wurzeln.

„Mesuts Talent war früh erkennbar.“

Im Jahr 2000 kam er zur *Gesamtschule Berger Feld* und schloss die Sekundarstufe I im Jahr 2006 erfolgreich ab. „Mesuts Fußball-Talent war schon im 5. Jahrgang erkennbar, wenn er bei Klassenturnieren reihenweise die Gegner ausspielte und dann vor dem Tor uneigennützig abspielte“, erinnert sich Christian Krabbe, der während der gesamten Zeit am Berger Feld sein Klassenlehrer war und auch heute regelmäßig freundschaftlichen Kontakt zu Mesut und seiner Familie hat. Der Werdegang von Mesut Özil zeigt allerdings, dass der Spagat zwischen Leistungsfußball einerseits und schulischen Anforderungen andererseits nicht

immer gerade verläuft. Sportlich erschien er Schalke 04 – dem Partnerverein der Schule – zunächst nicht stark genug zu sein, und so gelangte er über RW Essen erst spät zu den „Königsblauen“. Schulisch waren wegen der Belastungen durch Training und Auswahlspiele zusätzliche Unterrichtseinheiten unumgänglich. Mesut Özil konnte dabei jedoch von der damals neu geschaffenen Kooperation der *Gesamtschule Berger Feld* mit Schalke 04 profitieren.

Dreimal zusätzliches Training am Vormittag

Um den angehenden Fußballprofis noch mehr Trainingszeiten zu ermöglichen, stellt Schalke 04 an drei Vormittagen Trainer und Sportstätten zur Verfügung. Die für diesen Zweck ideale Lage der Schule als direkter Nachbar von Trainingsgelände und der *Arena Auf Schalke* ermöglicht im wahrsten Sinn des Wortes „kurze Wege“. Nach jeweils zwei Stunden Unterricht stehen für die Fußballer/innen am Dienstag, Donnerstag und Freitag in der 3. und 4. Stunde die Trainingszeiten auf dem Plan. Die großen Pausen vorher und nachher werden für den kurzen Fußweg zum Trainingsgelände genutzt. Anschließend nehmen alle wieder am regulären Unterricht teil. Für Mesut Özil und seine Klasse bedeutete das eine Anpassung im Stundenplan: Sport, Kunst und Übungsstunden zum Erledigen von Hausaufgaben standen während der parallel stattfindenden Trainingseinheiten an. Die durch das Training, durch Auswahlspiele oder aber durch Lehrgänge der DFB-Jugendteams ausgefallenen Unterrichtseinheiten wurden durch Kompensationsstunden aufgefangen.

Inzwischen zwei Sportklassen pro Jahrgang

Zur weiteren Optimierung wurden an der *Gesamtschule Berger Feld* inzwischen, von Jahrgang 5 aufbauend, Sportklassen eingerichtet. Jeweils zwei Klassen pro Jahrgang haben an den drei Trainingstagen Doppelstunden im Fach Sport. Externe Schüler/innen/Schüler/innen/innen, die im Laufe der Sekundarstufe I aufgrund ihres Wechsels zu einer Jugendmannschaft von Schalke 04 aufgenommen werden, können nun noch unproblematischer integriert werden. Für entfernt wohnende Spieler steht das Teilinternat zur Verfügung, ggf. übernimmt ein Fahrdienst des Vereins den Transport zur Schule.

Koordination von Schule & Schalke

Absprachen zwischen Schule und Fußballverein liegen seit vielen Jahren in den Händen von Fußballkoordinator Arthur Preuß. Er stellt den regelmäßigen Kontakt zu Trainern und Verantwortlichen bei Schalke 04 her und organisiert die Abstimmung der Jungprofis für Schultermine. Ferner koordiniert er Beratungsgespräche bei der Auswahl neuer Kandidaten für die *Fußballschule Auf Schalke*. Die umfangreichen Anforderungen des Fußballprojekts machten es erforderlich, den Sportbereich auf eine noch breitere Basis zu stellen. So verfügt die Gesamtschule Berger Feld mit Mike Dierig über einen Sportlehrer, der zugleich Fußballlehrer mit entsprechender DFB-Lizenz ist. Zudem sind Conny Neumann und Jochen Herrmann als Sport-Koordinatoren tätig, so dass der Mädchenfußball der Schule inzwischen erste Erfolge brachte.

Zuletzt sorgte Alexandra Popp, bis Sommer 2010 Oberstufenschülerin im 12. Jahrgang am Berger Feld, bei der diesjährigen U20-Weltmeisterschaft in Deutschland mit ihren zahlreichen Toren ebenfalls für Furore. Auch in ihrem Fall bot die Schule die Möglichkeit der Trainingsbeteiligung am Vormittag. Die Kompensation von versäumten Unterrichtsstunden in der Oberstufe galt es vor dem Hintergrund der erheblichen sportlichen Belastung durch A-Nationalmannschaft,

Frauen-Bundesliga, DFB-Pokal und Champions League zu organisieren.

Joel Matip: Erst Abitur, dann zur WM

Gleiches trifft für den Schalker Jungprofi Joel Matip zu, der neben der sportlichen Seite (Bundesliga-Einsätze und Berufung in die Nationalmannschaft Kameruns) schulisch ebenfalls Bestleistungen ablegte. Wegen der WM-Termine und der entsprechenden Vorbereitung mussten sogar Prüfungstermine des Abiturs mit Sondergenehmigung vorverlegt werden. „Uns ist an einer ganzheitlichen Entwicklung der Fußball-Schülerinnen und -Schüler gelegen“, betont Schulleiter Georg Altenkamp eines der Grundanliegen des Projekts.

Ganzheitliche Erziehung statt Starkult

Die Kicker sollen im Schulalltag so wenig wie möglich auffallen. Auch für sie gelten die gleichen Regeln wie für die anderen rund 1400 Schüler/innen – eine klare Absage an den Starkult oder Ansätze von Arroganz nach guten Leistungen auf dem Fußballplatz. Vor allem darauf ist man am Berger Feld stolz. Und auch die Fußballprofis wissen diese Gewichtung von schulischen Leistungsanforderungen bei gleichzeitiger Unterstützung der Entwicklung einer Persönlichkeit zu schätzen. Zum 40-jährigen Schuljubiläum in diesem Jahr gab es daher nicht nur die Glückwünsche der inzwischen international begehrten Profis. Neben einer finanziellen Unterstützung für den Förderverein erhielt die Schule signierte Trikots von Mesut Özil und Manuel Neuer. „Danke für alles!“, lautet die Widmung des Nationaltorwarts, der gerne einmal an seiner alten Wirkungsstätte vorbeischaute, wenn es der Terminkalender erlaubt.

Etwa einhundert hoch talentierte Fußballer haben inzwischen die Fußballschule *Auf Schalke* durchlaufen. Viele von ihnen haben den Sprung in den Profibereich geschafft, doch gab es immer wieder auch Rückschläge für einzelne Spieler. „Bei Mesuts Mitschüler/innen hat man gesehen, wie schnell

der Traum, Fußballprofi zu werden, platzen kann“, sagt Christian Krabbe, der weitere Schalker Talente in der Klasse unterrichtete. Während Marvin Pachan bei S04 einen Vertrag unterzeichnete und auch Timo Brauer über RW Essen den Einstieg in den bezahlten Fußball fand, lief es für einen anderen Klassenkameraden nicht optimal. Nach einem Kreuzbandriss fand er sportlich nicht mehr den Anschluss.

Zahlreiche Schüler sind inzwischen Profis

Die Liste der erfolgreichen Profi-Spieler ist dennoch beachtlich: Die Gesamtschule Berger Feld besuchte auch Sebastian Boenisch, der mit Werder Bremen den DFB-Pokal holte und gemeinsam mit Mesut Özil und Manuel Neuer U21-Europameister wurde. Zum Schalker Kader gehören derzeit die (ehemaligen) Schüler: Tim Hoogland, Alexander Baumjohann, Benedikt Höwedes, Danny Latza, Marvin Pachan, Joel Matip, Predrag Stevanovic, David Loheider sowie in der Regionalliga (S04 II) Jeffrey Volkmer, Richard Weber und Andreas Wiegel. Hinzu kommen etliche Spieler, die im Ausland Er-

fahrungen in der 1. Liga sammelten: Volkan Ünlü (Türkei), Fabian Lamotte (Österreich), Michael Delura (Griechenland) sowie weitere Spieler im Kader von Bundesligavereinen: Ralf Fährmann (Frankfurt), Niklas Andersen (Bremen) und Charles Takyi (St. Pauli).

Anfragen zum Modell auch aus dem Ausland

Durch den Erfolg treffen nicht nur aus Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit und sogar international Anfragen zum Konzept und der inhaltlichen Ausgestaltung ein. Besuche – unter anderem aus England, Dänemark, den Niederlanden, Irland und selbst aus China – münden dann häufig in Austauschmaßnahmen mit der *Gesamtschule Berger Feld*. Für die Präventionsarbeit lassen sich die Jungprofis ebenfalls als Vorbilder nutzen. Der Fußball verknüpft auf diese Weise weitere Schwerpunkte der Schule: Internationale Begegnungen und Präventionsarbeit.

Weitere Informationen zur Schule unter: www.gesamtschule-berger-feld.de ♦



Erfolgreiche Arbeit am Berger Feld:

Fußball-Koordinator Arthur Preuß mit den Profis Sebastian Boenisch (l.) und Mesut Özil (r.) nach dem Gewinn der Deutschen A-Jugend-Meisterschaft im Jahr 2006

BRIGITTE SCHUMANN

Zu bildungspolitischen Parallelen zwischen Nordirland und Deutschland

FESCH blickt über den Zaun

Im Februar 2010 führte das Forum Eltern und Schule (FESCH) erstmalig ein einwöchiges internationales Studienseminar in Belfast zum Thema „*Dealing with Heterogeneity in Integrated Schools in Northern Ireland*“ durch. Ich hatte die Freude, eine Gruppe von elf Lehrer/innen zu begleiten. Für Mai 2011 wird FESCH erneut in Partnerschaft mit NICIE, dem *Northern Ireland Council for Integrated Education*, ein Seminar zu diesem Thema anbieten.

Bei allen reformorientierten Pädagog/innen, die sich in den letzten Jahren aus gutem Grund nach Skandinavien aufgemacht haben, muss das Reiseziel zunächst Erstauen auslösen. Mit Nordirland verbindet sich doch in erster Linie der schreckliche Bürgerkrieg, der erst 1998 offiziell beendet wurde. Von dem Schulsystem weiß man so gut wie nichts.

Unser Aufenthalt in Belfast hat uns vor Augen geführt, dass der Bürgerkrieg zwar beendet ist. Das ist sicher. Aber die Trennung zwischen republikanisch orientierten Katholiken und britisch orientierten Protestanten in Nordirland ist allgegenwärtig. Man wohnt in der Regel getrennt voneinander und besucht getrennt katholische oder protestantische Schulen. Nur ca. 5% der Schüler/innen lernen gemeinsam in konfessionsübergreifenden *Integrated Schools*, davon 41 *Primary Schools* und 20 *Colleges*. Trotz der wachsenden Zustimmung zu dieser Schulart unternimmt die Politik wenig zu deren Unterstützung und Ausbau. Dabei ist für die Gesellschaft Nordirlands sicherlich nichts vordringlicher als zu lernen, wie man miteinander gleichberechtigt in Frieden lebt. Auch ökonomisch machen die parallelen Angebote wenig Sinn, weil sie unsinnig viel Geld verschlingen. Unser anfängliches Befremden darüber wich bald der Erkenntnis, dass wir es hier mit einem uns

nur allzu vertrauten deutschen Phänomen zu tun haben, nämlich dem Widerspruch zwischen bildungspolitischer Praxis und gesellschaftlichem Handlungsbedarf.

Wir haben gelernt, dass es neben dem nordirischen Spezifikum der politisch-religiösen Aufteilung der Kinder von Anfang an auch noch eine schichtspezifische Trennung nach der Grundschule gibt. Kinder, die die Aufnahmeprüfung bestanden haben, besuchen nach der Grundschulzeit entweder eine katholische oder eine protestantische *Grammar School*; während die anderen eine katholische oder protestantische *Secondary School* besuchen. Wie in Deutschland ist diese Aufteilung identisch mit sozialer Selektion und sie verschärft die bestehende soziale Ungleichheit. Der erfolglose Kampf der derzeitigen Schulministerin für die Einführung eines Gesamtschulsystems beweist, dass sich die katholische und protestantische Mittelschicht in der Unverzichtbarkeit der *Grammar School* für ihre Kinder einig sind. Die *Integrated Colleges*, die nach der Grundschule auch weiterhin Schulen für alle Kinder unabhängig von Leistung, sozialer Stellung der Eltern und politisch-religiösem Hintergrund sein wollen, stehen in einer harten Konkurrenz zu den *Grammar Schools*. Selbst Eltern der Mittelschicht, die ihre Kinder zu *Integrated Primaries* schicken,

bevorzugen danach häufig die traditionsreichen *Grammar Schools*.

Die Frage nach dem richtigen pädagogischen Umgang mit der Leistungsheterogenität ist von besonderer Bedeutung für die *Integrated Colleges: Streaming, Setting* oder *Mixed Ability*? Das ist die Frage. Darauf gibt es noch keine einheitliche Antwort. Es bildet sich aber die Tendenz heraus, dass besonders die *Integrated Schools*, die im Wettbewerb mit den *Grammar Schools* stehen, auf äußere Leistungs differenzierung setzen und damit den auch in Irland geltenden Mythos bedienen, man könne in leistungshomogenen Gruppen am besten lernen. Wir haben erlebt, dass ein Abgleich der Erfahrungen im Umgang mit Heterogenität zwischen Lehrer/innen der Gesamtschulen und der *Integrated Schools* für beide Seiten gewinnbringend ist. Gesamtschulen in Deutschland wissen, wie schwierig es ist, sich gegen den Mythos zu behaupten, nicht nur weil er gesellschaftlich verfestigt ist, sondern auch weil er die Haltung von vielen Lehrer/innen prägt. Vielleicht können die guten Erfahrungen vieler Gesamtschulen mit der Entdifferenzierung in Nordirland Mut machen.

Mit NICIE hat FESCH eine Organisation als Kooperationspartner vor Ort gefunden, die mit der GGG vergleichbar ist. Darüber ist gesichert, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit interessierten Schulen und allen Beteiligten in engen Kontakt und Austausch treten. NICIE arbeitet im Übrigen mit einem Forschungsprojekt an der *Queen's University of Belfast* zusammen, das die gesellschaftliche Integrationsleistung von *Integrated Schools* erforscht und dabei die unterschiedlichen Konfliktstrategien der Schulen untersucht. Auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus diesem Projekt werden den Teilnehmer/innen vermittelt.

Detaillierte Informationen über das Seminar im Mai 2011 sind ab dem 15.09.2010 beim Forum Eltern und Schule in 44147 Dortmund, Huckarder Str. 12, Tel. 0231/148011 abzufragen. ♦


AUS DEN LÄNDERN
NRW
NRW auf neuen Wegen?

Der 09.05.2010 war nicht nur Muttertag. An diesem Tag fand in NRW auch die Landtagswahl statt. Die nordrhein-westfälische CDU/FDP-Koalition erlitt eine heftige Wahlschlappe und der Landesvater Jürgen Rüttgers wurde abgewählt.

Für diese Niederlage gab es viele Gründe. Versäumnisse in der Schulpolitik des Landes trugen wesentlich zur Wahlniederlage der alten Landesregierung bei. In der öffentlichen Diskussion verstärkte sich zunehmend der Eindruck, dass die CDU/FDP Landesregierung im bildungspolitischen Bereich zu einem Bremsklotz geworden war. Auf drängende Fragen der Schulentwicklung (Abwahl der Hauptschule, Erhalt des Schulangebots angesichts der Demografie) wurden nicht einmal Antworten gesucht, geschweige denn Lösungen entwickelt. Schulpolitik war deshalb eines der zentralen Wahlkampfthemen. Das alternativlose Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem, die teure aber erfolglose Unterstützung der Hauptschulen und das Errichten immer neuer Hürden, mit dem Ziel, Gesamtschulneugründungen trotz übergroßer Anmeldeüberhängen zu verhindern, hatte viel Unmut und Unverständnis in NRW ausgelöst. Auch dafür gab es am Muttertag die Quittung.

Jetzt gibt es in NRW eine rot-grüne Minderheitenregierung, die auf Kompromisse im Landtag angewiesen ist und von der niemand weiß, ob sie fünf Monate oder fünf Jahre hält. Dass die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/ Die Grünen) gleichzeitig Schulministerin ist, zeigt die Bedeutung, welche die Koalition diesem Bereich gibt. Dahinter steht der erklärte Wille, die Bildungspolitik in NRW in Richtung von längerem gemeinsamem Lernen zu öffnen. Der Weg ist angesichts der tradierten Schulstrukturen in Deutschland sicher nicht einfach. Er erfordert ein klares

Ziel, einen langen Atem und ein kluges Vorgehen, bei dem Erreichtes nicht ungewollt und leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf. Die GGG NRW hat sich schon im Wahlkampf dafür eingesetzt, dass die Gesamtschule weiter im Schulgesetz verankert bleibt und eben nicht in die Gemeinschaftsschule, die demnächst in das Schulgesetz aufgenommen wird, aufgeht. Erfahrungen aus Schleswig-Holstein haben die GGG NRW zusätzlich veranlasst, an der Schulform Gesamtschule festzuhalten und das bisher Erreichte zu sichern. Denn jede Reform ist reformierbar, jeder Fortschritt kann von einer Nachfolgeregierung wieder kassiert werden, wenn die Veränderungen nicht von vielen akzeptiert sind und getragen werden.

Im Koalitionsvertrag wird die Arbeit der Grundschulen und Gesamtschulen positiv hervorgehoben und die Gründung neuer Gesamtschulen unterstützt. Zusätzlich wird die gesetzliche Verankerung der Gemeinschaftsschule vereinbart:

„Die Grundschulen und die integrierten Gesamtschulen in NRW praktizieren seit Jahrzehnten erfolgreich gemeinsames Lernen. Wir werden die zahlreichen Initiativen zur Gründung von Gesamtschulen unterstützen und den in den letzten fünf Jahren neugegründeten Gesamtschulen den Ganztags- und den Gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen schnellstmöglich genehmigen.“

Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen wollen wir schulgesetzlich verankern. Eine Gemeinschaftsschule wird in der Regel dort gegründet, wo bestehende Schulen in ihr zusammengeführt werden. Alle Schulformen sind hierzu ausdrücklich eingeladen.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule, die gymnasiale Standards mit einschließt. In den Klassen 5 und 6 findet für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsamer Unterricht statt. Schule, Schulträger und Eltern entscheiden darüber, wie es ab Klasse 7 oder später weitergeht: Entweder werden integrierte Lernkonzepte weitergeführt oder

es wird nach Bildungsgängen differenziert. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. Jede Gemeinschaftsschule ist mit einer SEK II verbunden. Das kann eine gymnasiale Oberstufe am Standort sein, ein Oberstufenzentrum oder eine Kooperation mit Gesamtschule, Gymnasium oder Berufskolleg.

Wir werden die Gemeinschaftsschulen dabei unterstützen, dass das Zusammenwachsen der unterschiedlichen Schulen und das gemeinsame Lernen gelingt.“ (Koalitionsvertrag, Seite 9)

(Unter der Adresse http://www.ggg-nrw.de/PM-PDF/SPD-Gruene+100610+Koalitionsvertrag_Bildung.pdf findet man den bildungspolitischen Teil des Vertrags.)

Die rot-grüne Koalition geht einen vorsichtigen Weg, sie will die Kommunen bei der schulpolitischen Neuorientierung mitnehmen. Die Erfahrung in NRW um die Einrichtung der Kooperativen Schule im Jahr 1978 und die Schlappe, die die SPD damals erlitt, ist noch in Erinnerung. Der Volksentscheid in Hamburg, die befürchtete (und inzwischen eingetretene) Abstimmungs-niederlage des schwarz-grünen Senats, hatte ebenfalls Wirkung.

Die GGG NRW ist als kompetenter Ansprechpartner von Gesamtschulinitiativen landesweit bekannt. Gemeinsam mit den Eltern und örtlichen Ratsvertretern werden wir die Neugründung von Gesamtschulen weiterhin tatkräftig unterstützen. Dabei hilft, dass das Markenzeichen Gesamtschule in NRW eindeutig definiert ist: Es gibt nur integrierte Gesamtschulen in NRW, stets mit gymnasialer Oberstufe und im Ganztags geführt. Die alte CDU/FDP-Landesregierung ließ nur Neugründungen als Halbtagschule zu, sehr zum Unverständnis der Öffentlichkeit. Die neue Koalition hat erklärt, dass sie diese Regelung aufheben will und den vier neugegründeten Halbtagsgesamt-schulen den Ganztags ermöglichen will.

Die rot-grüne Koalition hat das Ziel, 30% der Schulen bis 2015 in Gemeinschaftsschulen zu überführen. Erste Anträge z. B. aus Ascheberg (CDU-Gemeinde) liegen bereits vor. Attraktiv ist dieser Weg für ländliche Gemeinden

mit einer konservativ geprägten Bevölkerung und entsprechenden kommunalen Räten, die sich den größeren Schritt in Richtung zu einer *Schule für Alle* nicht zutrauen, die aber ihre Schule vor Ort für die Kinder vor Ort behalten wollen. Auch bei der Gründung von Gemeinschaftsschulen wird es wichtig sein, dass die Gymnasien in den Prozess einbezogen werden und die Gemeinschaftsschulen nicht der Ersatz der alten Verbundschule (Fusion von Haupt- und Realschule) oder sogar der Hauptschule werden.

Wenn die Koalition mit ihrer Politik das 30%-Ziel erreicht und wenn es gelingt, den Anteil der Gesamtschulen von jetzt 17% deutlich zu erhöhen, hätte NRW einen großen Schritt hin zu einem sozial gerechteren und leistungsfähigeren Schulsystem gemacht.

Die GGG NRW begrüßt, dass endlich ein neuer Wind in die schulpolitische Debatte kommt. Wir werden die Landesregierung auch daran messen, ob es gelingt, Maßnahmen umzusetzen, die eine andere Schulkultur auf dem Weg zur einen *Schule für Alle* fördert.

Abschulen verbieten

Der Koalitionsvertrag sagt dazu aus:

„Längeres gemeinsames Lernen macht unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger. Es ist ein Baustein auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem. Die Aufgabe des gemeinsamen Lernens stellt sich allen Schulen. Jede Schule muss alle einmal aufgenommenen Schülerinnen und Schüler zu einem Abschluss führen. Ein Wechsel der Schulform ist nur noch auf Antrag der Eltern möglich.“ (Koalitionsvertrag, Seite 8/9)

Integrative und inklusive Pädagogik durch Personal stützen

Die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags werden von der GGG NRW nachdrücklich unterstützt:

„UN-Konvention räumt Kindern mit Behinderungen das Recht auf inklusive Bildung ein. Dieses Recht wollen wir landesgesetzlich Rechnung tragen. In einem ersten Schritt wollen wir einen Inklusionsplan entwickeln, der den Eltern das Wahlrecht über den För-

derort ihres Kindes ermöglicht und weitere Schritte und Maßnahmen beschreibt, die in den nächsten Jahren notwendig sind, um ein inklusives Bildungssystem zu schaffen.“ (Koalitionsvertrag, Seite 8)

Eine inklusive Pädagogik gibt es allerdings nicht zum Nulltarif. Sie braucht zusätzliche Stellen von Lehrer/innen und die Unterstützung durch nichtpädagogisches Personal. Die Landesregierung hat die Chance, eine pädagogische Kultur, die alle Kinder mitnimmt und fördert, gezielt zu stützen.

Schulen, die sich der Aufgabe stellen, jedes Kind und jeden Jugendlichen zu fördern und zum bestmöglichen Abschluss zu führen, bedürfen der Unterstützung. Eine Stellenzuweisung, die Schulen durch einen Sozialindex unterstützt, die Förderbedarfe anerkennt, ist erforderlich.

Verantwortung der Schulen stärken

Die Schulen sind verantwortlich für das erfolgreiche Lernen von Kindern und Jugendlichen. Dazu benötigen sie Gestaltungsfreiraum. Im Koalitionsvertrag wird festgestellt: „Schulen sollen selbst und verantwortlich über ihre Arbeit entscheiden können. Deshalb halten wir an der selbstständigen Schule fest, die in ein System von Beratung und Service eingebettet wird. Das Land bleibt verantwortlich dafür, Bildungsstandards vorzugeben und zu überprüfen“ (Koalitionsvertrag, Seite 9)

Das Lockern der Regelungen zur Fachleistungsdifferenzierung an Gesamtschulen wäre eine erste Möglichkeit, diesen Teil der Vereinbarung zu konkretisieren. Die GGG NRW fordert seit langem, den Schulen zu ermöglichen, sich von den starren Regelungen zu lösen, und Schulen die Chance zu geben, Konzepte im Umgang mit Heterogenität zu entwickeln.

Insgesamt wäre eine Ermöglichungsstrategie sehr hilfreich,

- die den Schulen Gestaltungsfreiraum zugesteht und die in die Professionalität der Lehrerschaft vertraut,
- die Schritte in Richtung des gemeinsamen längeren Lernens unterstützt und
- die den Schulen die Zeit lässt, neue Wege zu beschreiten.

WERNER KERSKI

BADEN-WÜRTTEMBERG

Die älteste Gesamtschule in Baden-Württemberg, die Staudinger Gesamtschule in Freiburg, feierte am Samstag, den 24.07.2010 ihr 40-jähriges Jubiläum. Mannheim und Heidelberg folgen später.

Leider hat aber die Existenz dieser drei Schulen in der langen Zeit seit ihrer Gründung keinen spürbaren Einfluss auf die Schulentwicklung in BW gehabt.

Im Gegenteil. Mein Eindruck ist eher, dass selbst die Verfechter der *einen Schule für Alle*, wie sie im Netzwerk in BW organisiert sind, der Diskussion um die Gesamtschule aus dem Wege gehen. Dahinter verbergen sich offenbar immer noch die alten Vorbehalte und Ängste, die ich aus der Diskussion der 70er Jahre kenne. Dies aufzubrechen ist schwierig.

Natürlich kann man die Kolleg/innen der anderen Schularten einladen, sich doch selbst einmal ein Bild von der Arbeit der Gesamtschulen heute zu machen, was meine Gesamtschulkollegen und ich natürlich schon oft getan haben. Aber sie kommen nicht.

Wer kommt, das sind die Landes- und Lokalpolitiker. Sie holen sich Munition gegen den politischen Gegner für den Landtagswahlkampf im März 2011.

Schön, dass sie kommen, aber wird das helfen? Ich habe meine Zweifel.

Ich erinnere mich an das starke Interesse der FDP-Fraktion im Landtag an den Zahlen zur Förderleistung der Mannheimer Gesamtschule vor einigen Jahren. Sie wollte wissen, ob es denn stimme, dass die Mehrheit der Abiturienten dieser Schule keine Gymnasialempfehlung habe. Ja, schrieb die Schulleitung, es stimme, und dies schon seit vielen Jahren.

Das Ergebnis war, dass die FDP sich in der Koalition mit der CDU in BW für den Erhalt des gegliederten Schulwesens ausgesprochen hat. Was dürfen wir daraus schließen?

Dessen ungeachtet, herzlichen Glückwunsch der Staudinger zum 40sten Geburtstag. Vielleicht klappt es doch noch mit dem Nachwuchs!

Vierzig ist ja noch kein Alter, oder?

JÜRGEN LEONHARDT

BERLIN

Mit Beginn des Schuljahres 2010/11 wird die Strukturreform nun umgesetzt: Es wird im neuen Schuljahr keine Haupt- und Realschulen mehr geben. Zum größten Teil fusioniert, werden sie ebenso wie die „alten“ Gesamtschulen zu „integrierten Sekundarschulen“. Soweit die Namensgebung. Die „alten“ Gesamtschulen können so weiterarbeiten wie bisher – mit der Ausnahme, dass nunmehr ein Sitzenbleiben nicht mehr vorgesehen ist. Sie können aber auch von den Möglichkeiten der Öffnung durch den § 17a SchulG – wie jede andere Schule in Berlin auch – Gebrauch machen und z. B. auf jede Form der äußeren Leistungsdifferenzierung verzichten. Gesamtschulen, die dies für sich in Betracht ziehen, haben sich allerdings fast alle bereits für die Gemeinschaftsschule entschieden. Für die ehemaligen Haupt- und Realschulen bedeutet diese Änderung eine erhebliche Umstellung: integrierte Klassen, kein Sitzenbleiben mehr, keine Querversetzung mehr, jeder Sek-I-Abschluss als Standardangebot – einschl. Übergang zur gymnasialen Oberstufe, verbindliche Kooperation mit einer Sek-II-Schule – sofern keine eigene Oberstufe vorgesehen ist. Es wird also mit Beginn des neuen Schuljahres in Berlin jede Schule der Sekundarstufe standardmäßig auch zum Abitur führen. Außer den Gymnasien wird es nur noch Schulen geben, die grundsätzlich alle Schüler aufnehmen, sie mindestens so integriert unterrichten wie „alte“ Gesamtschulen und zu allen Abschlüssen führen; damit sind sie Gesamtschulen, oder? Einige Zahlen (nur staatliche Schulen): 120 Integrierte Sekundarschulen (darunter 44 „alte“ Gesamtschulen), 96 Gymnasien. In die Zahl der Integrierten Sekundarschulen eingerechnet sind 17 Gemeinschaftsschulen (davon eine private) – zum neuen Schuljahr kommen wieder drei hinzu. Unter den Gemeinschaftsschulen befinden sich jetzt acht „alte“ Gesamtschulen. (Es sei daran erinnert, dass nach Berliner Lesart unter Gemeinschaftsschule eine Schule verstanden wird, die zusätzlich eine eigene Grundstufe

hat und keine äußere Fachleistungsdifferenzierung praktiziert.)

Im Sinne eines „Ceterum censeo ...“ sei darauf hingewiesen, dass uns diese Strukturumstellung keineswegs zufriedenstellt, von einem Schulsystem ohne Auslese sind wir noch meilenweit entfernt; es wird darum gehen, auszuloten, inwieweit sich die integrative Schule neben dem Gymnasium nicht nur behaupten kann, sondern zu einer echten Alternative wird. Die praktizierte Pädagogik wird hierbei ein Schlüsselement sein.

Am 04.06.2010 hat der Landesverband Berlin nach seiner Rekonstituierung 2009 den zweiten Berliner GGG-Tag unter dem Motto *Partizipation und Verantwortung* in Zusammenarbeit mit den Berliner Sektionen des Grundschulverbandes – Ulrich Hecker hielt das Hauptreferat – und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik durchgeführt. Trotz des hochsommerlichen Wetters haben am Freitagnachmittag über 60 Interessenten teilgenommen.

LOTHAR SACK

HAMBURG

Hamburg hat sich entschieden: *Wir wollen lernen* – aber bitte nicht gemeinsam! Am 18.07.2010 konnten 1,3 Millionen Hamburger Bürger per Volksentscheid darüber abstimmen, ob die sechsjährige Primarschule in Hamburg eingeführt werden soll. 276.304 Bürger stimmten für den Vorschlag der Reformgegner *Wir wollen lernen* (initiiert von dem Rechtsanwalt Walter Scheuerl, durch Plakate von FDP und NPD unterstützt). Nur 218.065 Bürger sprachen sich für die von den Parlamentsparteien CDU, SPD, GAL und LINKE beschlossene sechsjährige Primarschule aus. Besonders bedeutsam: Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft durften nicht abstimmen. Das betrifft die Eltern von 15% aller Hamburger Schüler! Die Wahlbeteiligung lag bei 39%, die Mehrheit (427.000) hat per Briefwahl ab-

gestimmt. Am 18.07.2010 selbst kamen nur 64.000 Menschen (bei ca. 35° Hitze) in die Wahllokale. Bedeutsam hierbei, dass die „betuchten“ Hamburger Stadtteile regen Gebrauch vom (Brief-) Wahlrecht machten: Nienstedten 55%, Blankenese 54%, Othmarschen 55%. In Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Hartz-IV-Beziehern lag die Wahlbeteiligung insgesamt nur bei knapp 20%.

Fazit: Die finanziell Privilegierten bestimmen, wer auch künftig von besserer Bildung ausgeschlossen bleiben soll!

Im Vorfeld des Volksentscheids hatten sich die Reformbefürworter zusammengeschlossen als „Die Schulverbesserer“: die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen, Handwerkskammer, Schülerkammer, GGG, ESfA (*Eine Schule für Alle*) und einige mehr. Unklar bleibt (eine genaue Analyse steht noch aus!), wieso es diesem beeindruckend großen Bündnis nicht gelungen ist, die Hamburger vom längeren gemeinsamen Lernen zu überzeugen. Es scheint, als ob das Bündnis von den Verantwortlichen geschlossen wurde, aber die breite Masse der Mitglieder nicht in diese Richtung mobilisiert werden konnte.

Die GGG hatte am 14.06.2010 zu einer Veranstaltung „Primarschule und Stadtteilschule – in den Fußspuren der Gesamtschule?“ mit Prof. Dr. Matthias von Saldern in das Allee-Theater geladen. Diese Veranstaltung sollte zweierlei: Von Seiten der GGG Jürgen Riekmann durch einen Nachruf in seinem lebenslangen Einsatz für längeres gemeinsames Lernen würdigen – und in seinem Sinne ein Merkmal setzen im Hamburger Schulkampf. Freunde, Mitkämpfer, der GGG nahestehende Verbände (Grundschulverband, Bundeselternrat, GEW), politische Parteien – und nicht zuletzt die Bildungssenatorin und ihr Gatte (die uns den Tipp für diesen wunderbaren Veranstaltungsort gaben) ehrten noch einmal Jürgen Riekmann und bekamen argumentative Rückendeckung durch von Salderns

hervorragenden Vortrag. Diesen schloss er mit den Worten: „Was ich Ihnen wünsche: Humor (der ist uns am 18.07. vergangen); Gelassenheit (die kehrt langsam wieder); Engagement in der Sache und Kraft (haben nicht nachgelassen); einen aufrechten, vielleicht sogar stolzen weiteren Gang Richtung LÄNGEREN GEMEINSAMEN LERNENS (den werden wir als GGG HH mit unseren Verbündeten ganz sicher gehen!)“

Wichtig ist, dass beim Volksentscheid nur die sechsjährige Primarschule zur Abstimmung stand. Wesentliche andere positive Aspekte der Hamburger Schulreform werden weiter umgesetzt:

- 51 Stadtteilschulen (entstanden aus Gesamtschulen, HR-Schulen und deren Fusionen), alle mit einer gymnasialen Oberstufe, die nach 9 Jahren zum Abitur führt
- Ausbau der Ganztagschulen
- Englisch ab Klasse 1
- Ausbau der Integration behinderter Kinder
- besser vorbereiteter Übergang Schule – Beruf
- besserer Unterricht durch Individualisierung und kooperative Lernformen
- niedrigere Klassenfrequenzen in Grundschule und Stadtteilschule

Die BSB muss als Folge des Volksentscheids den Schulentwicklungsplan und die Bildungspläne noch einmal neu überarbeiten. Aufgabe der GGG wird es sein, die neuen Stadtteilschulen in unsere Verbandsarbeit einzubeziehen und die vielen Kontakte zu verschiedenen anderen Verbänden, die in dieser „Schulkampfphase“ entstanden sind, in einem „Ratschlag / Rundem Tisch“ zu bündeln (als Fortsetzung des „Aktionsbündnis Gesamtschulen“). Denn der verlorene Volksentscheid ist nicht das Ende des Einsatzes für längeres gemeinsames Lernen!

ULRIKE KIDAS-ANDRESEN

HESSEN

Mit der traditionellen Frühjahrstagung am ersten Samstag im März beendeten wir die Diskussion um ein Positionspapier der GGG Hessen. Diese Diskussion erschien uns notwendig zur Selbstvergewisserung, zur Orientierung unserer Mitglieder und derjenigen Kollegen, die wir für die GGG werben wollen. Wir brauchen auch bei sehr kurzfristig abzugebenden Stellungnahmen eine Grundlage. Der Prozess wurde von uns mit den folgenden Rahmenbedingungen geplant: wir bedienten uns der Unterstützung eines Moderators (dazu engagierten wir Frank Hilbig, Team *kairos*), wir gestalteten den Kreis der Beteiligten immer größer und wollten uns insgesamt ein Jahr Zeit nehmen.

Zunächst legten wir im Vorstand die Schwerpunkte fest:

- Lernen als individueller Prozess
- Bildungsstandards als Mindeststandards
- Eigenverantwortliche Schule
- Ganztätig arbeitende Schule
- Gelingensbedingungen

Den ersten Entwurf fertigte unsere Vorsitzende nach den Stichworten einer Gedankensammlung. Später wurden dann die einzelnen Kapitel von je einem Mitglied des Vorstandes weiter betreut, indem es die sich im Diskurs ergebenden Anregungen einarbeitete. Die erste „Bewährungsprobe“ war die Vorstellung in einer erweiterten Vorstandsrunde, die uns teilweise bestärkte, andererseits aber auch zu mehr Entschiedenheit ermunterte.

Der Abschluss mit etwa 80 Teilnehmer/innen in vier Gesprächsrunden erbrachte viel Bestätigung und auch noch verschiedene Korrekturen. Inzwischen ist das Positionspapier 2010 verteilt und auf unserer Landesseite einzusehen. Wir haben viel Zustimmung erhalten und unser Ruf als engagierter Partner in Sachen Schulentwicklung hat sich weiter gefestigt.

Die Integrierte Gesamtschule erfährt in Hessen weiterhin zunehmendes Interesse.

Zwar hält der Run auf das Gymnasium weiterhin an, doch mehr und mehr Eltern entscheiden sich aus pädagogischen Gründen für die IGS. In Frankfurt wurde die Schulform Gesamtschule toleriert, aber neue Gesamtschulen lange Zeit nicht genehmigt. Nun haben wir in dieser Stadt schon 11 Integrierte Gesamtschulen, eine weitere ist in Planung. Dabei sind die Kooperativen Gesamtschulen wegen des G8-Zuges in ein besonderes Dilemma geraten, tendieren deshalb oft in Richtung Integrierte Gesamtschule und beantragen die Umwandlung.

Unser Fortbildungsangebot halten wir weiter aufrecht.

Seit mehr als 20 Jahren führen wir zwei thematische Fortbildungen durch:

1. Die zunächst als E/G-Tagungen firmierten. Schulen hatten sich zusammengeschlossen, die die Differenzierung auf „nur“ zwei Niveaus praktizierten. Jahrelang fungierte Dr. Ursula Dörger als Verbindung zur Bildungsadministration. Immer mehr Gesamtschulen geben die Dreierdifferenzierung auf. Die Tagung, die nunmehr Konstanze Schneider organisiert, wird immer stärker zu einer Fortbildungsveranstaltung, die die wichtigen inhaltlichen Fragen bearbeitet und voranbringt.

2. Die Reihe *Vom Lehrer an einer IGS zum IGS Lehrer* haben wir seit 2001 13-mal durchgeführt, ständig überarbeitet und angepasst. Die Nachwuchsarbeit fokussiert sich hier auf die Kolleginnen und Kollegen, die in den Schuldienst eintreten oder ihre Arbeit neu an einer IGS aufnehmen. Kompetenzorientierung bei den Fachfortbildungen bildet einen wesentlichen Schwerpunkt.

Als neues Fortbildungsangebot wurde die Reihe *Die Zukunft gehört den Neuen* gestartet. An IGS-Schulleitung Interessierten wird dabei ein besonderes Lernumfeld angeboten.

INGRID BUROW-HILBIG

RHEINLAND-PFALZ

Anfang Mai führte der Landesverband Rheinland-Pfalz unter dem Motto *Inklusionspädagogik als Aufgabe der Zukunft?!* einen Gesamtschultag in der IGS Gerhard Ertl in Sprendlingen durch. Unser Kollege Klaus Winkel aus dem benachbarten Saarland hielt ein sehr interessantes Eingangsreferat. Auch weil einige der Teilnehmer/innen aus neuen Gesamtschulen oder aus den Planungsgruppen für die nächste Runde der Neugründungen kamen, war die Diskussions- und Fragerunde danach recht lebhaft. Anschließend beschrieb Hans-Jörg Liebert von der Initiative *Eine Schule für Alle* die Situation in unserem Bundesland. Bezüglich „Inklusionspädagogik“ hat Rheinland-Pfalz noch einen langen Weg vor sich! Nachmittags wurden Arbeitsgruppen zu verschiedenen gesamtschulspezifischen Themen angeboten (*Schulträger und Möglichkeiten einer IGS am Standort; IGS als eine Schule für alle; Umgang mit Heterogenität; Schulleitung an der IGS – was ist anders?; Elternarbeit an der IGS*). Bei der anschließenden Mitgliederversammlung wurde mehrfach geäußert, wie informativ und wichtig die Veranstaltung war, und der Landesvorstand wurde ermuntert, Folgeveranstaltungen – auch zu anderen Themen – zu initiieren. Durch die Vielzahl der Neugründungen ist der Informations- und Austauschbedarf auch gestiegen.

Bei der Mitgliederversammlung wurden Margaret Kierney und Franz-Josef Bronder wieder in den Landesvorstand gewählt. Kurz vor den Schulsommerferien besuchte der neu gewählte Landesvorstand die neue Gesamtschulereferentin Brigitte Klar. Nach dem Weggang von Norbert Diehl war das Referat eine Weile „verwaist“. Frau Klar hat in verschiedenen Gesamtschulen des Landes gewirkt, auch in Schulleitungsfunktion. Zuletzt war sie in der Schulaufsicht tätig. Somit ist sie bestens auf ihr neues Aufgabenfeld vorbereitet. Der Landesvorstand konnte sich bei diesem Antrittsbesuch vergewissern, dass Frau Klar unsere Positionen bestens kennt und die gute Zusammenarbeit mit ihren Vorgängern fortsetzen will.

MARGARET KIERNEY

Ludwig von Friedeburg

Ein Nachruf von Hartmut Holzapfel

Der Ausgang des Volksentscheids in Hamburg hätte Ludwig von Friedeburg nicht überrascht. Das war seine eigene Erfahrung: dass das deutsche Bürgertum nichts so sehr fürchtet wie die Einlösung der Versprechung der bürgerlichen Revolution, dass nicht mehr der Stand, sondern nur noch die Leistung über den Lebensweg entscheiden solle. In Deutschland ist der Dreiklang von *égalité, fraternité, liberté* nicht zu Hause, ist Brüderlichkeit (oder Schwesternlichkeit) nicht das Bindeglied zwischen Gleichheit und Freiheit, sondern sind Freiheit und Gleichheit Gegensatzpaare, die nichts verbindet und zusammen hält. In Deutschland ist auch die Emphase nicht zu Hause, die in Amerika die gemeinsame Schule zum Schmelzriegel einer multikulturellen Nation machen will.



In Deutschland wollte das Bürgertum die Herrschaft der feudalen Kaste nur beerben. In seinem großen Band über „Bildungsreform in Deutschland“ hat Ludwig von Friedeburg diese besondere und immer noch nicht beendete deutsche Geschichte beschrieben. Die Abhängigkeit der Bildung von der Herkunft der Eltern wenn nicht aufzuheben, so doch zumindest bedeutsam zu mildern, verstand er als die Aufgabe, die in Deutschland immer noch auf ihre Lösung wartet. Dass frühe Selektion die bevorzugt, die bildungsnahen Elternhäuser haben (wie der etwas euphemistische Ausdruck dafür lautet), war damals schon vielfach durch Forschungsergebnisse belegt: es gilt für deutschsprachige Kinder ebenso wie für Kinder mit Migrationshintergrund.

Dass dem so sei, wurde in den siebziger Jahren dennoch sogar noch bestritten. Das zumindest ist heute nicht mehr möglich. Geblieben aber ist das Tabu: alles darf geändert werden, nur nicht der Zugang zum Gymnasium schon ab der Klasse fünf. Nur darum ging es auch wieder in Hamburg, nicht um die Stadteilschule, oder wie immer die Schule heißt, auf die „die Anderen“ gehen. Die Aufgabe, die Ludwig von Friedeburg als die zentrale Aufgabe einer demokratischen Bildungspolitik verstand, ist immer noch eine Aufgabe für die Zukunft. Dass seit seiner Regierungszeit inzwischen dreißig Jahre vergangen sind (eine Generation), zeigt nur, wie sehr er seiner Zeit voraus war.

Zu leicht durchschaubar ist es, wenn strukturelle und inhaltliche Reform immer noch gegeneinander ausgespielt werden. Auch Friedeburg hat gewusst, dass die Strukturreform keine hinreichende (aber doch eine notwendige) Voraussetzung für eine Schule ist, die die Versprechungen der bürgerlichen Revolution ernst nimmt. Was heute als Kompetenzen daherkommt, hat er in der Lernziels Diskussion vorweggenommen: freilich mit dem entscheidenden Unterschied, dass es ihm nicht nur um formale, sondern vor allem auch um inhaltlich bestimmte Qualifikationen ging, die nicht getrennt werden können von dem, was und wie man in der Schule lernt. Dass davon dereinst nur ein inhaltsleeres Substrat übrig bliebe, hat er sich wohl nicht vorstellen können oder mögen ... und noch weniger, dass auf diesem Wege Lernwege eingeengt und nicht geöffnet würden.

Was ihn auszeichnete, war sein unerschütterlicher Optimismus, trotz aller gegenläufigen Erfahrung. Nicht nur das werden wir vermissen.



Zum Tod von Ursula Dörger

Ursula Dörger ist tot. Sie hat am Ende den Kampf gegen den Krebs verloren. Bis ganz zum Schluss, bis es nicht mehr ging, hat sie in Telefonkonferenzen, Mails und Korrespondenzen an unserem großen, gemeinsamen Ziel gearbeitet: Ein Schulsystem zu schaffen, das kein Kind beschämt und keines zurücklässt, das allen Kindern gleichermaßen eine gute Bildung zuteilwerden lässt.

Ursula Dörgers Lebenslauf liest sich wie ein Streifzug durch die Gesamtschulentwicklung der Bundesrepublik. Sie begann ihre Lehrtätigkeit an einer Gesamtschule im Aufbau und engagierte sich von Anfang an nicht nur pädagogisch, sondern auch politisch. Sie wusste: wer gute Pädagogik will, wer gar ein anderes Schulsystem will, der muss den Marsch durch die Institutionen antreten. So war sie seit den 60er Jahren Gewerkschaftsmitglied und trat kurz danach in die FDP ein, die damals in Hessen u. a. das Modell der „Offenen Schule“ anbot. Dort wurde der Keim gelegt für eine „andere“ Gesamtschulpädagogik – eine, die als Ganztagschule konzipiert über Fächergrenzen hinaus schaut, sich ins Umfeld öffnet und das Leben in die Schule hinein holt. Die Offene Schule Kassel-Waldau ist als einzige dieser Modelle übrig geblieben und hat viele Nachahmer gefunden.

In den 70er Jahren arbeitete Ursula Dörger an den Universitäten Frankfurt und Siegen. Dort erwarb sie die wissenschaftliche Basis für ihre späteren Tätigkeiten. Sie war Dezernentin für Gesamtschulentwicklung am Hessischen Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (HIBS), leitete drei Jahre lang das Projekt Lehrerkooperation an Gesamtschulen der Max Traeger-Stiftung und war seit 1992 – inzwischen SPD-Mitglied – im Hessischen Kultusministerium für Gesamtschulen zuständig. Auf ihre Impulse und Ideen gehen die Materialien für Freies Arbeiten in der Sekundarstufe I in Hessen zurück; sie schulte die Pädagogischen Leiter an Gesamtschulen und gründete als Ministerialbeamtin den Arbeitskreis E/G-differenzierender Gesamtschulen, in dem sich die fortschrittliche Gesamtschulbewegung Hessens wiederfand. Immer in engem Kontakt mit der Schulwirklichkeit konnte sie ihre ministerielle Arbeit auf Praxiserfahrung gründen und sorgte umgekehrt dafür, dass fortschrittliche Praxis justifiabel wurde. Gemeinsamer Unterricht, integrierte Hochbegabtenförderung, Förderplanentwicklung, Inklusion – Ursula Dörger unterstützte, ermutigte, gründete Arbeitsgruppen und ließ nichts unversucht, um das System in Richtung auf mehr Bildungsgerechtigkeit zu verändern.

Ihre bildungspolitische „Heimat“ war die GGG. Auch hier kannten wir sie stets als streitbar für die Sache des gemeinsamen Lernens. Mit Freude nahm sie zur Kenntnis, dass nach PISA Bewegung in die deutsche Bildungslandschaft geraten war; mit großer Zähigkeit schrieb sie bis zum Schluss auch GGG-intern gegen das „Ausruhen in der Zweigliedrigkeit“ an. „Radikal, humorvoll, kämpferisch und menschlich“ nannte sie Katrin Höhmann in ihrem Nachruf. Ursula Dörgers großes Wissen war nie Herrschaftswissen, weil sie es uns stets mitteilte. „Ihre Visionen leben in unserer Arbeit fort“, schrieben die Wiesbader Gesamtschulen in ihrer Traueranzeige, „ihre Leistung wird uns stets Orientierung und Ansporn bleiben“ formulierte die GGG. So wird es sein.

INGRID AHLRING

TERMINE

01.09.2010

GGG-Bund
BAG Schulleiterqualifikation
Frankfurt

02.-03.09.2010

GGG-Bund
Bundesvorstandssitzung
Stedersdorf

10.-11.09.2010

GGG-LV SH
Norddeutscher Kongress
Geschwister-Prenski-Schule, Lübeck
Letzte Infos unter www.ggg-bund.de

02.-06.10.2010

GGG-LV Hessen
Seminar und Schulbesuch (12)
Institut Beatenberg, CH

04.10.2010

GGG-LV Niedersachsen
Fachtag und Mitgliederversammlung
IGS Garbsen

12.-13.11.2010

GGG-Bund
Bundesarbeitstagung
„Selbstständig lernen“
Heinrich-von-Stephan-Schule,
Berlin-Moabit

13.11.2010

GGG-Bund
Mitgliederversammlung
Berlin-Moabit

13.-14.11.2010

GGG-Bund
Bundesvorstand und Hauptausschuss
Berlin

18.11.2010

GGG-NRW
Landeskongress zum Thema „Inklusion“
Mitgliederversammlung
Gesamtschule Essen-Bockmühle

16.-18.09.2011

GGG-Bund
32. Bundeskongress
Robert-Bosch-Gesamtschule,
Hildesheim

KOMMENTAR



„Ich komme ins Gymnasium!“

Anmerkungen zum Hamburger Volksentscheid

Hamburgs Volk hat entschieden. Auch wenn die Beteiligung unter 40% lag, in Vierteln mit sozialer Schieflage sogar mitunter nur halb so hoch. Es sind also anscheinend mehrheitlich „die Reichen“, die das längere gemeinsame Lernen niederstimmten. Man darf davon ausgehen, dass sie große Teile der Mittelschichten hinter sich haben. Einschlägige Studien der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Angst vor einem Verlust an Privilegien und das Bedürfnis der Abgrenzung nach unten in der sozialen Mitte der Gesellschaft bedenklich zunehmen. Der vermehrte Wunsch nach Exklusivität lässt leider wenig Platz für Inklusion.

Dennoch darf der Hamburger Volksentscheid nicht als wegweisend für die zukünftige Schulentwicklung in Deutschland gesehen werden. Zum einen mag die Unzufriedenheit mit der Lokalpolitik in der Hansestadt viele dazu bewogen haben, mit Nein zu stimmen. Zum anderen ist Hamburg ein Stadtstaat. Die Stadtstaaten und Ballungszentren trifft der demografische Wandel weniger als „ländlichere“ Bundesländer, wo Eltern um wohnortnahe Schulstandorte fürchten müssen und das gemeinsame Lernen allein aus ökonomischen Gründen mehr und mehr zu Gebote steht. Hamburg ist zudem das Bundesland, in dem die sozialen Unterschiede besonders groß sind: In kaum einem anderen Land klafft die Schere zwischen Reich und Arm weiter auseinander, kann sich eine In-

itiative des Bürgertums nicht zuletzt finanziell so munitionieren wie hier.

Arbeiterkinder profitierten von Vorstandskindern, umgekehrt funktioniert das nicht. Derlei Töne waren auf einer Veranstaltung der Schulreform-Gegner zu hören. Der Initiative ist es nicht nur gelungen, die Privilegierten für die Straße zu mobilisieren, sondern auch einschlägige Eltern-Ängste zu schüren. Vor allem die Befürchtung, die eigenen Kinder hätten weniger Erfolg, wenn sie mit sozial Benachteiligten zusammen lernen müssen. Und Ängste sind leider so viel leichter zu schüren als Zuversicht zu verbreiten.

Der tradierte Begabungsglaube und Sortierwahn – die „Guten“ ins Gymnasium, die „Deppen“ in die Hauptschule – halten sich weit über den Kreis der Privilegierten hinaus. Verständlich ist, dass Eltern grundsätzlich die beste Schule für ihr Kind wollen. Diesen Wunsch gilt es, ernst zu nehmen. Wie die beste Schule indessen aussieht und heißt, ist nicht nur eine empirische oder soziale Frage, sondern auch eine der Definitionsmacht. Das Motto der Scheuerl-Initiative *Wir wollen lernen!* hat schließlich gut funktioniert. Dabei hatte ausgerechnet in Hamburg die LAU-Studie vor einigen Jahren offengelegt, wie ernüchternd gering die Lernfortschritte bei vielen Jugendlichen an Gymnasien sind. Aber Goldene Kälber haben eine lange Halbwertszeit.

Dass vom gemeinsamen Lernen alle profitieren – die schwächeren wie auch die stärkeren Lernenden – ist immer noch nicht in den Köpfen angekommen. „Man muss nicht die sozial Benachteiligten benachteiligen, um die sozial Schwächeren zu bevorzugen“, bringt es ein Hamburger „Schulkämpfer“ in einer Panorama-Sendung vom Februar dieses Jahres auf den Punkt. Andererseits lässt sich seit einigen Jahren bundesweit beobachten, dass sich das öffentliche Meinungsbild zur Schulstruktur verschiebt. Die Mehrheit der Umfragen geht mittlerweile zugunsten des längeren gemeinsamen Lernens aus. Es sei denn, die Fragestellung ist tendenziös: „Wollen sie die Einheitschule?“, oder auch: „Sind Sie dafür, dass das Gymnasium zerschlagen wird?“

Schon wird in NRW aus CDU-Kreisen mit einem Volksentscheid à la Hamburg gedroht. In NRW wird es jedoch aller Voraussicht nach keinen solchen Schulkampf geben. Die Reformen gehen hier von der lokalen Ebene aus und suchen den Konsens. Die bundesweite Dynamik der Schulstrukturentwicklung wird indessen so schnell nicht enden. Und die Debatte lässt sich nicht zurückdrehen. Auch in Hamburg nicht.

Passend zum Volksentscheid gegen eine spätere Selektion wartete im Juli derweil ein renommierter Schulbuchverlag mit der Lernhilfe *Ich komme ins Gymnasium!* auf, „damit der Übertritt stressfrei und entspannt gelingt“. Und für alle, die es schon ans Gymnasium geschafft haben, gibt es die Lernhilfe *Turboteacher*. Na dann: schöne Restferien noch!

MARTINA SCHMERR